

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2019



Recht: Novellierung

9. November 1989: Die Mauer fällt

Keine „Letzte Adresse“

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Ausgezeichnet
Gesetzänderung beschlossen
Forschungsverbund „Grenzregime“
DDR-Doping und Prävention

Recht

- 4 Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

International

- 5 Freiheit für Hongkong
Václav-Havel-Preis
Neue alte Solidarität

Thema

- 6 Der 9. November und der Weg dorthin
- 8 Ohne 9. Oktober kein 9. November

Aufarbeitung

- 9 Keine „Letzte Adresse“ für Wolfgang Kreybig

Berichte

- 11 „Hammer – Zirkel – Stacheldraht“
„Gefängnis ist eine Extremerfahrung“
- 12 Stürmische Zeiten

Verbände

- 14 UOKG-Kongreß „Frauen in politischer Haft“
Einladung
Anhörung gefordert
- 15 Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel
Gesucht. Jugendwettbewerb
- 16 Taschenkalender 2020 erschienen
Leserbrief
Projekttag in Neubrandenburg

Service/Bücher

- 17 SED-Diktatur und Erinnerungsarbeit
- 18 Allein gegen die DDR-Diktatur
- 19 Buchtip

Service/Veranstaltungen

17–19

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, liebe Leserinnen und Leser,

schön, daß wir in der Demokratie leben. Wir haben alle lange darauf warten müssen und auch sehr oft unter großen Opfern dafür gestritten, daß wir in Frieden und Freiheit in der Demokratie leben können und nicht im Sozialismus leben müssen.

In Brandenburg und Sachsen hatten wir Landtagswahlen, und wie Sie wissen, war ich jetzt mit 20 Jahren der Landtagszugehörigkeit einer der Dienstältesten im Brandenburger Landtag. Nun bin ich zum 25. September 2019 aus dem Parlament ausgeschieden. Ich habe meine Arbeit im Parlament immer gern gemacht, und vor allem habe ich mein Amt auch genutzt, um bei der Lobbyarbeit für die Opfer von Kommunismus und SED besser voranzukommen.

Ich bin mit einem lachenden und einem weinenden Auge ausgeschieden. Natürlich gewöhnt man sich in 20 Jahren an einen bestimmten Rhythmus, und vieles konnte ich über meine Amtsausstattung auch in die Waagschale werfen, um für die Opfer von Kommunismus und SED mehr zu erreichen.

Das lachende Auge bedeutet, daß ich nun mehr Zeit aufwenden kann, um mich in die Arbeit in der UOKG und auch im Menschenrechtszentrum Cottbus, dessen Mitbegründer und Vorsitzender ich bin, einzubringen. Auf jeden Fall bleiben uns als UOKG für die nächsten Jahre unsere guten und belastbaren Kontakte, die wir in Bund und Ländern aufgebaut haben, erhalten.

Deshalb muß ich keine Sorge haben, daß die Effektivität der UOKG nachläßt, nur, weil ich nicht mehr dem Parlament angehöre. Ich versichere Ihnen, daß ich mich mit einem großen Anteil der nunmehr frei gewordenen Zeit der Arbeit für die Opfer von Kommunismus und SED widmen werde.

In den beiden Jubiläumsjahren „30 Jahre Friedliche Revolution“ und „30 Jahre deutsche Einheit“ haben wir eine höhere Aufmerksamkeit für unsere Anliegen als in den anderen Jahren. Deshalb nutzen wir diese offene Tür, um möglichst viel für die Leidtragenden der kommunistischen Diktatur zu erreichen.

Freundliche Grüße von
Dieter Dombrowski

Umschlagbild

„Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel“ ist die neue Plakatausstellung der Bundesstiftung Aufarbeitung und des Ostbeauftragten der Bundesregierung für 2020 (ausführlich dazu S. 15).

Ausgezeichnet

(bpa-st) „Mut zur Zukunft: Grenzen überwinden“ – unter diesem Motto hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 2. Oktober in Schloß Bellevue 25 Bürgerinnen und Bürger zum Tag der Deutschen Einheit als Akteure der Friedlichen Revolution mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet, darunter Rainer Eppelmann, Elke Erb, Carlo Jordan, Stephan Krawczyk, Eva und Jens Reich, Rita Sélitrenny und Wolfram Tschiche.

Auch die „Goldene Henne“ ging dieses Jahr an DDR-Bürgerrechtler. Vor 30 Jahren waren Katrin Hattenhauer, Gesine Oltmanns, Uwe Schwabe und Christian Dietrich vier der ersten Montagsdemonstranten im Herbst der Friedlichen Revolution. Auf Transparenten forderten sie „Für ein offenes Land mit freien Menschen“, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Reisefreiheit. Es dauerte nur Sekunden, bis Stasi-Leute über sie herfielen – und damit auch unter Beweis stellten, daß all diese Menschenrechte in der DDR mit Füßen getreten wurden, wenn es der Staatsmacht opportun erschien. 

Gesetzänderung beschlossen

(uokg) Am 26. September hat der Bundestag über eine Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes entschieden. „Die Verlängerung der Stasiüberprüfung ist eine notwendige und somit auch gute Entscheidung“, sagte Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG. Und weiter: „Das Konzept ist das Produkt jahrelanger Verhandlungen. Dadurch werden nun langfristige Planungen, wie die dringend erforderlichen Erneuerungen der Archive möglich. Daher tragen wir als Vertreter der Opfer diesen Prozeß grundsätzlich mit. Es müssen aber gewisse Bedingungen erfüllt sein. So darf sich die Akteneinsicht für die Opfer nicht ver-

ändern bzw. müßte sich verbessern. Das Stasi-Archiv muß auch in den Regionen für das öffentliche Bewußtsein deutlich sichtbar bleiben. Die geschredderten Akten müssen so schnell wie möglich zusammengesetzt werden. Die Opferverbände sind bei der Umsetzung des Konzepts mit einzubinden.“

Dombrowski hob hervor: „Unverzichtbar bleibt uns die Berufung eines Opferbeauftragten durch den Deutschen Bundestag. Dafür erwarten wir in naher Zukunft konkrete Pläne, die wie von den Regierungsparteien versprochen mit uns, den Opferverbänden, abgesprochen werden.“ 

Forschungsverbund „Grenzregime“

(pm) Die Fluchten über die Berliner Mauer und an der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR sind mittlerweile gut erforscht. Vergleichbare wissenschaftliche Untersuchungen zu den Fluchtversuchen über die Ostsee liegen bislang nicht vor. Diese Lücke soll durch ein Forschungsprojekt geschlossen werden.

Wissenschaftler der Universität Greifswald untersuchen seit dem 1. Juli die Todesfälle bei Fluchtversuchen aus der DDR über die Ostsee. Denn trotz des engen Kontrollnetzes an den Küstenabschnitten an der Ostsee wagten viele Menschen bis zur Grenzöffnung 1989 die Flucht über die „nasse Grenze“. Nach dem bisherigen Kenntnisstand handelt es sich dabei um rund 5600 Personen. Rund 80 Prozent von ihnen wurden bei dem Versuch verhaftet, vermutlich 913 (ca 16%) ist die Flucht gelungen und mindestens 174 Menschen fanden bei ihrem Fluchtversuch den Tod. Die Leichen der Geflüchteten wurden an die Strände zwischen Fehmarn, Rügen und Dänemark gespült

oder im Meer in Fischernetzen gefunden.

Das Forschungsprojekt ist Teil einer Kooperation des Forschungsverbunds SED-Staat an der Freien Universität Berlin und einer Forschungsgruppe an der Universität Potsdam. Das Bündnis „Grenzregime“ der drei Universitäten wird mit rund drei Millionen Euro durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Für das Projekt sucht das Greifswalder Projektteam nach weiteren Zeitzeugen sowie nach Angehörigen, denn trotz aller Bürokratie in der DDR: Nicht alle Todesfälle gingen in die ostdeutschen Berichte ein oder überdauerten die Wendezeit. Deshalb bleibt eine Dunkelziffer von Todesfällen. Die Forschungsgruppe will sich deswegen der Aufarbeitung und Aufklärung der Fluchtversuche mit tödlichem Ausgang widmen. Das Ziel des Projektes ist, die Schicksale der Opfer nachzuzeichnen und sie dadurch vor dem Vergessen zu bewahren. Die Ergebnisse aller drei Teilprojekte sollen jeweils als Buch veröffentlicht werden. 

DDR-Doping und Prävention

(lbmv) Der Vorstand der Nationalen Anti-Doping-Agentur (NADA) Dr. Lars Mortsiefer und der Ressortleiter Prävention Thomas Berghoff trafen sich Ende September 2019 in Schwerin mit der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Anne Drescher zu einem Arbeitsgespräch. Themen waren die Aufarbeitung des Doping-Mißbrauchs in der DDR und Fragen der heutigen Doping-Prävention.

„Staatlich gelenkt und systematisch wurden in der DDR zwangsweise und konspirativ sogenannte ‚unterstützende Mittel‘ verabreicht. Heute leiden ehemalige Sportlerinnen und Sportler in erheblicher Weise unter den gesundheitlichen Folgen des Dopings, wie wir in unserer Beratung feststellen müssen. Die Aufklärung über das DDR-Zwangsdoping-System und seine Folgen kann Sportlerinnen und Sportler bei ihrer Entscheidung für einen sauberen Sport unterstützen“, sagte Anne Drescher.

Die Landesbeauftragte war vom Landtag MV 2016 mit der Beratung von betroffenen ehemaligen Sportlerinnen und Sportlern beauftragt worden. In der Schriftenreihe der Landesbeauftragten wurde 2017 die Publikation „Staatsdoping in der DDR. Eine Einführung“ veröffentlicht. Im Dezember 2018 wurde Anne Drescher durch den Verein Doping-Opfer-Hilfe e.V. der Anti-Doping-Preis verliehen. 

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Hellweger Anzeiger ...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

Anhörung im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages

Über den Referentenentwurf zur Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze (BT-Drs. 19/10817) wurde bereits in Ausgabe 5/2019 berichtet. Der Referentenentwurf sieht neben der Entfristung aller drei Rehabilitierungsgesetze zudem Beweiserleichterungen für die Rehabilitierung von Heimkindern und den Anspruch auf Unterstützungsleistungen nach § 18 StrRehaG für Betroffene vor, die allein deshalb in einem Heim eingewiesen worden sind, weil die Erziehungsberechtigten aus politischen Gründen inhaftiert worden waren.

Am 11. September hat sich nun der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages in einer öffentlichen Anhörung mit diesem Entwurf beschäftigt. Auf den ersten Blick scheint ein solcher Vorschlag zunächst immer begrüßenswert. Beim näheren Hinsehen fallen jedoch massive Mängel auf, so daß er schon im Vorfeld auf Kritik gestoßen war.

Insgesamt waren neun Sachverständige geladen. Alle Experten begrüßten vor dem Rechtsausschuß übereinstimmend die im Entwurf beschriebene Entfristung. Darüber hinaus ließen sie aber kein gutes Haar an dem vorgeschlagenen Gesetzestext. Es wurde einhellig bezweifelt, daß die geplanten „Beweiserleichterungen“ überhaupt zu einer veränderten Rechtsprechung führen würden, da den Gerichten schon jetzt ein hoher Spielraum zugestanden wird, den diese aber nur äußerst selten in Anspruch nehmen. Auch der Vorschlag mit dem Anspruch auf Unterstützungsleistungen nach § 18 StrRehaG wurde scharf kritisiert. Dieser bringe keine wirklichen Verbesserungen für die meisten Betroffenen und bliebe auch, anders als vom Bundesjustizministerium behauptet, weit hinter dem Vorschlag des Bundesrates zurück.

Der Vorschlag des Bundesrates geht dahin, daß widerlegbar vermutet wird, daß die Anordnung der Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche der politischen Verfolgung diene, soweit gleichzeitig mit der Unterbringung freiheitsentziehende Maßnahmen gegen die Eltern oder Elternteile auf Grund von Entscheidungen, die im Wege der Rehabilitierung für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben worden sind, vollstreckt wurden. Darüber hinaus ist für diejeni-

gen, die schon eine Ablehnung auf ihren Rehabilitierungsantrag erhalten hatten, ein Zweitantragsrecht vorgesehen. Der jetzige Entwurf würde den Betroffenen allerdings weder eine Rehabilitierung noch die damit verbundenen Leistungen (Kapitalentschädigung und Opferrente) gewähren. Genau darauf kommt es den Betroffenen jedoch an.

Es wurde aber nicht nur moniert was in dem Gesetzesentwurf, den RA Dr. Johannes Wasmuth gar als „den schlechtesten Entwurf, den er jemals gelesen hat“ bezeichnete, drinsteht, sondern eben auch was alles nicht enthalten ist. So hatte, wie vielen bekannt sein dürfte, der Bundesrat im Oktober des letzten Jahres eine aus acht Punkten bestehende Prüfbitte beschlossen (BR-Drs. 316/18). Die Bundesregierung wurde demnach aufgefordert, nach Möglichkeiten zu suchen:

- a) Opfern von Zersetzungsmaßnahmen den Zugang zu Ausgleichsleistungen zu eröffnen,
- b) den gemäß § 3 BerRehaG anerkannten verfolgten Schülerinnen und Schülern den Zugang zu Leistungen des § 8 BerRehaG zu eröffnen,
- c) die Opfer von Zwangsausiedlungsmaßnahmen in einer Weise zu berücksichtigen, die deren spezifischem Verfolgungsschicksal und den damit verbundenen Schwierigkeiten, einen angemessenen Ausgleich für das erlittene Unrecht zu erhalten, gerecht wird,
- d) die Mindestdauer der Verfolgung für die Ausgleichsleistungen in § 8 Absatz 2 Satz 1 BerRehaG und in § 17a Absatz 1 Satz 1 StrRehaG einander anzugleichen,
- e) auf eine Minderung der Ausgleichsleistung bei Bezug einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigener Versicherung gemäß § 8 Absatz 1 Satz 2 BerRehaG zu verzichten,
- f) eine Dynamisierung der Ausgleichsleistungen nach § 8 BerRehaG und § 17a StrRehaG vorzusehen,

g) die „komplexen Traumafolgestörungen“ auf Grund von politischer Verfolgung in der DDR bei der Feststellung und Bewertung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden angemessener zu berücksichtigen und

h) Haftopfern, die weniger als 180 Tage in Haft waren, regelmäßige Ausgleichsleistungen zu gewähren.

Es traf auf kollektives Unverständnis der Experten, daß nicht ein einziger dieser Punkte in den Gesetzesentwurf aufgenommen worden ist.

Darüber hinaus war die uneinheitliche Rechtsprechung in Sachen Spezial- und Durchgangsheimen, über welche hier schon mehrmals berichtet wurde (zuletzt in der Ausgabe 3/2019), Thema. So forderte u.a. Dieter Dombrowski eine Klarstellung durch den Gesetzgeber. Es könne nicht sein, daß es vom Bundesland abhängt, ob sie rehabilitiert würden oder nicht.

Nach den anschließenden Fragerunden stand auch für die Abgeordneten fest, daß der Gesetzesentwurf so nicht beschlossen werden könne.

Wie geht es aber nun weiter? Die Zeit drängt! Der Wille, die Rehabilitierungsgesetze zu entfristen, ist gegeben, und die Umsetzung scheint nur noch Formsache zu sein. Darüber hinaus besteht allerdings kein Fahrplan. Die Entfristung zu beschließen und dann in aller Ruhe einen vernünftigen Gesetzesentwurf zu entwerfen, der alle oben genannten Punkte enthält, hört sich gut an, birgt jedoch auch Risiken.

Wir feiern in diesem Jahr 30 Jahre friedliche Revolution und im kommenden Jahr 30 Jahre deutsche Einheit. Ohne jeden Zweifel herrscht dadurch derzeit eine erhöhte Aufmerksamkeit. Diese erhöhte Aufmerksamkeit gilt es zu nutzen und dementsprechend Druck auf die Politik auszuüben. Denn alles, was in diesem oder im nächsten Jahr nicht beschlossen wird, kommt mit hoher Wahrscheinlichkeit gar nicht mehr.

Benjamin Baumgart,
Ass. jur.

Freiheit für Hongkong

Seit mehreren Monaten finden in Hongkong fast täglich Demonstrationen mit bis zu 1,7 Millionen Menschen und damit ca. einem Viertel seiner Bevölkerung statt. Waren sie zunächst friedlich, kam es bald zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei bis hin zur Teilbesetzung des wichtigsten Flughafens. Anlaß war ein Gesetz, das die Auslieferung von Verdächtigen in das kommunistische China erlaubt. Dabei hatte der damalige Vertrag Londons mit Peking unter der Devise „Ein Land, zwei Systeme“ das bestehende Rechtssystem garantiert.

Jetzt fordern die Hongkonger ein allgemeines Wahlrecht: Denn das heutige System zum Legislative Council garantiert peking-getreuen „Volksvertretern“ eine Mehrheit. Wer das wichtigste Amt der 7-Millionen-Stadt erhält, wird von Peking entschieden und nicht an den Wahlurnen Hongkongs. Die Rufe „Freiheit für Hongkong!“ der Demonstranten richteten sich daher bald verstärkt gegen Peking. Ihre Forderung nach einem selbständigen Stadtstaat wie Singapur werden allerdings Utopie bleiben...

Chinas Staatspräsident Xi Jinping hat am 1. Oktober, dem 70. Jahrestag der Volksrepublik, sein Reich als führende Weltmacht vorgeführt, wobei er dafür die Rebellion Hongkongs nicht ewig gewähren lassen kann. Er steht vor einem entscheidenden Problem: Ein Einmarsch in Hongkong durch sein Militär wäre offener Völkerrechtsbruch und würde Peking erneut als Diktatur entlarven. Bilder wie damals vom Tiananmen-Massaker am 4. Juni 1989, bei dem mindestens 200 Zivilisten erschossen

und 3000 verletzt wurden, möchte man unbedingt vermeiden. Zudem hängt von Hongkongs hochentwickeltem Finanzmarkt Chinas Wirtschaftsentwicklung ab, die in den letzten Jahren zurückging und dessen Banken noch nicht weltmarktfähig sind – Schanghai ist noch kein Rivale für Hongkong.

Gespräche mit dessen Demonstranten, die Li Peng 1989 nicht scheute, lehnt Peking heute ab. Hat seine massive Propagandamaschine bisher die Hongkonger als Chaoten tituliert und von Terrorismus getönt, so wäre es gegenüber den eigenen Untertanen schwer, einen Kompromiß einzugehen. Man wird dort verstärkt versuchen, durch Geheimpolizei die Freiheitsbestrebungen zu unterwandern und zu zersplittern und ihre Anführer nach China zu entführen.

In den ersten Septembertagen wurde jenes Gesetz offiziell zurückgenommen, die geforderte Untersuchung der Polizei-Übergriffe jedoch abgelehnt. Die Demonstranten verlangen weiterhin die Freilassung der Inhaftierten sowie jetzt auch das Recht, ihre Stadt-Regierung selbst zu wählen. Das aber wird Peking weiter ablehnen, würden freie Wahlen sich doch eindeutig gegen China richten. Äußerst aufschlußreich ist das Eingeständnis von dort, die Hongkonger Unruhen könnten die Sicherheit des kommunistischen Riesenreiches bedrohen. Die Demonstranten sollten dabei wissen, daß je friedlicher sie sich geben, Peking um so weniger triftigen Anlaß zu Gewalt hat.

Shi Fu Wei, Hongkong

Neue alte Solidarität

Vor 30 Jahren fuhr Panzer auf dem Tiananmen-Platz über Menschen, zerquetschten und ermordeten sie. Schätzungen reichen bis zu 2000 Toten durch die „Volksbefreiungsarmee“. Vorwiegend junge Studenten demonstrierten in Peking für Freiheit, gegen die Diktatur der Kommunistischen Partei Chinas. Inzwischen sind Historiker der Ansicht, daß die Zahl der insgesamt durch diese marxistisch-maoistische Partei im Laufe der Geschichte ermordeten Menschen über 30 Millionen beträgt. Trotzdem reisten SED-Spitzenpolitiker wie Modrow, der heutige Ehrenvorsitzende der Linkspartei, dann Krenz anschließend nach Peking und empfingen das Lob der dortigen Genossen für ihre „solidarische Haltung“ an der Seite der KP. Krenz redete von „Klassensolidarität“ und man stehe „auf der Barrikade der sozialistischen Revolution dem gleichen Gegner gegenüber“. In der DDR wuchs danach die Angst, auch die SED-Führung könne eine solche „chinesische Lösung“ in der DDR planen.

Nun, 30 Jahre später, droht die KP Chinas erneut mit militärischer Gewalt, diesmal in Hongkong. Als der Oppositionelle Joshua Wong in Berlin die Situation der ehemaligen britischen Kron-Kolonie mit Berlin-West verglich und die deutsche Öffentlichkeit sowie die Politiker um Unterstützung im Kampf für die Freiheit in seiner Heimat aufrief, äußerte sich auch die Linkspartei solidarisch: doch nicht mit den bedrohten Menschen in Hongkong, sondern mit der KP Chinas. Stefan Liebich kritisierte Joshua Wongs Aufruf. Hier wird wieder deutlich, daß die Linkspartei die Freiheit unseres Grundgesetzes ausnutzt, um ihre marxistisch-leninistische Ideologie auch weltweit durchzusetzen. Diese Partei hat sich nie wirklich geändert, das ist bei ihrer Haltung gegenüber China, Hongkong und auch Kuba und Venezuela klar erkennbar.

Anton Odenthal

Václav-Havel-Preis

(kl-gri)Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat den renommierten Václav-Havel-Preis in diesem Jahr erstmals doppelt vergeben: Er geht an den inhaftierten uigurischen Wissenschaftler Ilham Tohti sowie die Jugendinitiative für Menschenrechte (YIHR), die sich für Aussöhnung und Frieden auf dem Balkan einsetzt. Das gab die Präsidentin der Versammlung des Europarats, Liliane Maury Pasquier, in Straßburg bekannt.

Tohti setzt sich für eine Verbesserung der Situation der uigurischen Minderheit in China ein. Er war 2014 wegen an-

geblichem Separatismus zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Die Regierung in Peking hatte mit dem Vorwurf, der Europarat unterstütze Terrorismus, auf seine Nominierung als Kandidat für den Václav-Havel-Preis reagiert. Die Verleihung des Preises erfolgte nun nur einen Tag vor den großen Feiern zum 70. Gründungstag der Volksrepublik.

Die Initiative YIHR strebt seit ihrer Gründung 2003 die Aussöhnung auf dem Balkan an, indem sie dort junge Menschen aus verschiedenen ethnischen Gruppen, Regionen und Ländern zusammenbringt. 

Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (030) 98 60 82 30

Der 9. November und der Weg dorthin

Wie die Grenze wuchs und plötzlich verschwand

Von Jörg Bernhard Bilke

Auf diesen Tag hatte ich mein halbes Leben gewartet! Ich hatte ja miterlebt als Kind und Jugendlicher, wie diese schreckliche Grenze, die Deutschland 44 Jahre lang teilte, entstanden war. Die man in den ersten Jahren nach dem Krieg noch gefahrlos überschreiten konnte, die später aber, nach der DDR-Gründung 1949, immer dichter wurde und eine tödliche Gefahr war für DDR-Flüchtlinge bis zum Mauerbau in Berlin am 13. August 1961.

Ich kannte aber nicht nur die Grenze, die meine Heimatstadt Rodach in Oberfranken auf drei Seiten umschloß, weshalb unser Bürgermeister von der „Stadt im toten Winkel“ sprach, ich kannte auch die Jahre davor, als ich mit meiner Mutter während des Krieges auf dem Fahrrad nach Thüringen in den Heldburger Zipfel fuhr, der nach Franken hineinragt, oder auf die Veste Heldburg, eine Nebenburg der Meininger Herzöge, die man nach 1945, als ein Besuch dort nicht mehr möglich war, im Rodacher Stadtwald auf vier Kilometer Entfernung durch die Bäume schimmern sah, zum Greifen nah und doch unerreichbar fern.

Immer, wenn ich Rodach besuchte, das ich im Sommer 1959 verlassen hatte, fuhr ich zur Grenze bei Adelhausen, das schon in Thüringen lag. Der letzte Kilometer frei-

lich, der auf die Grenze zulief, wurde vom Verkehr nicht mehr benutzt. Seit Jahren war der Asphalt aufgebrochen durch Hitze und Regen, Gras und Unkraut wucherten in dichten Büscheln bis zum Schlagbaum, der keiner war, denn er konnte nicht aufgehoben werden. Drüben in Adelhausen, wenige Meter entfernt, wohnten Leute, die nicht zurückwinken durften, wenn wir grüßend die Hand hoben, denn wir waren der westdeutsche „Klassenfeind“, den man lieber nicht kannte. Wortlos sahen wir sie ein Haus verlassen und in einem anderen verschwinden. Es war wie ein Film, der vor unseren Augen ablief.

Und dann die Fluchtgeschichten, die den, der sie hörte, erschreckten und ihn nachts davon träumen ließ. Geschichten von Leuten, die unter Lebensgefahr bei Rodach über die Grenze kamen, weil sie dort nicht mehr leben wollten, wo sie aufgewachsen waren. Beispielsweise die drei jungen Thüringer, die sich Mut antranken und sich gegen Mitternacht aufmachten zur Grenze. Sie überwandern alle Zäune, Stolperdrähte und Erdminen unverletzt und meinten, nun „im Westen“ angekommen zu sein. Als sie anfangen zu singen vor Glück, kam ein letzter Zaun, den sie auch überwandern. Im Morgengrauen erreichten sie das Dorf Roßfeld bei Rodach und sprachen einen Milchfahrer an. Der erklärte ihnen dann, daß auf dem letzten Abschnitt, wo sie gesungen hätten, die Minen lägen. Da erschrakn sie noch nachträglich!

Oder die Geschichte des Jungbauern aus Thüringen, der nachts, weil ihm die DDR-Grenzsoldaten vertrauten, den Todesstreifen eggen durfte, ohne Aufsicht. Gegen Mitternacht schlich er über die Grenze in das Dorf Lempertshausen bei Rodach, wo er Verwandte hatte, die er kaum kannte, da sie ihn im Sperrgebiet an der Grenze niemals hätten besuchen dürfen. Sie redeten die halbe Nacht miteinander, im Morgengrauen schlich er zurück, warf seinen Traktor an und eggte den Rest des Todesstreifens. Dann fuhr er, niemand war mißtrauisch geworden, nach Hause auf seinen Hof, und legte sich schlafen. Am späten Vormittag riefen seine Verwandten aus Lempertshausen an und fragten arglos, wie nur ein ahnungsloser Westdeutscher fragen konnte, ob denn der nächtliche Besucher unbeschadet

über die Grenze zurückgekommen wäre. Selbstverständlich wurde das Gespräch abgehört, der thüringische Jungbauer wurde verhaftet und wegen „unerlaubten Grenzübertretts“ zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Oder die innerdeutsche Grenze zwischen Rudelsdorf bei Rodach und Seidingstadt in Thüringen. Auch dort eggte ein Bauer den Todesstreifen, unter Aufsicht zweier DDR-Grenzsoldaten, die rauchten, in die Gegend starteten und sich unterhielten. Plötzlich erschien auf der anderen Seite der Grenze eine Streife der Bayerischen Grenzpolizei. In Sekundenschnelle erfaßte der LPG-Bauer die Situation! Er sah, daß der eine DDR-Grenzsoldat dem anderen Feuer gab, und rannte los. Offensichtlich wußte er, daß von der DDR-Seite aus nicht Richtung „Staatsgrenze West“ geschossen werden durfte. Nach einigen Sekunden voller Todesangst kam er unbeschadet „drüben“ an.

Im Sommer 1959 nahm ich im Auftrag des Landesmuseums Hannover an der Ausgrabung eines altsächsischen Gräberfelds aus der Völkerwanderungszeit in Liebenau bei Nienburg/Weser teil, las dort während der Freizeit Eva Müthels Buch „Für dich blüht kein Baum“ (1957) und war entsetzt darüber, was ich da erfuhr. Die Autorin (1926-1980) stammte aus Nordhausen in Thüringen, hatte nach dem Krieg in Jena Germanistik studiert, war 1948 beim Verteilen von Flugblättern verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Die Stationen ihrer sechs Haftjahre waren Bautzen, Sachsenhausen, Hoheneck und Brandenburg gewesen. Von dort war sie im Januar 1954, kurz vor der Außenministerkonferenz in Berlin, mit Dutzenden weiterer Häftlinge entlassen worden, um dadurch ein günstiges Klima für die Verhandlungen zu schaffen. Das Buch erschütterte mich! Tagelang konnte ich an nichts anderes mehr denken als an das trostlose Leben der politischen Gefangenen in den DDR-Zuchthäusern. Daß ich zwei Jahre später selbst in Leipzig verhaftet und politischer Gefangener werden sollte, konnte ich damals noch nicht ahnen.

Im Herbst 1960 setzte ich mein Literaturstudium an der Universität Mainz fort, weit weg von der innerdeutschen Grenze, und wurde Mitarbeiter der Studentenzeitung „nobis“, worin ich im Juni/Juli 1961 sieben DDR-kritische Artikel veröffentlichte. Dann wurde am 13. August 1961 die Berliner Mauer gebaut, die 28 Jahre stehen sollte. Am 6. September fuhr ich zur Buchmesse nach Leipzig, am 9. Septem-

Die Mauer muß weg!

Ein theatralischer Kommentar zu 30 Jahre Mauerfall

2.11. (Sa), 18.00 Uhr: **Warten auf den Vater**
Tatjana Böhme-Mehner erinnert sich an ihren Vater Ibrahim Böhme im Gespräch mit Christine Baumann;
Mod. Wolfgang Templin
Ort: Rangfoyer, Landestheater Neustrelitz

3.11. (So), 11.00 Uhr: **Aufbrüche und Umbrüche**
Transformationen des Theaters in Ostdeutschland zwischen 1989 und 1995
Podiumsgespräch mit Autor Torben Ibs, Schauspiel-
direktorin Tatjana Rese, Schauspielerinnen Karin Hartmann,
Horst Conradt und Zeitzeugin Ingrid Raemisch
Ort: Rangfoyer, Landestheater Neustrelitz

16.00 Uhr: **Die Mauer muß weg!**
Mit der Neubrandenburger Philharmonie, dem
Schauspielensemble, der Deutschen Tanzkompanie, der
Singakademie Neustrelitz und Gast Ezchial Nikiema
Ort: Großes Haus, Landestheater Neustrelitz

ber, einem Samstag, wurde ich auf dem Karl-Marx-Platz verhaftet und am 21. Januar 1962 vom Leipziger Bezirksgericht wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu dreieinhalb Jahren verurteilt, die ich im Zuchthaus Waldheim in Sachsen verbrachte. Es war 1716 von Kurfürst August dem Starken (1670-1733) gegründet worden und ist heute das älteste Gefängnis in Deutschland, das noch in Betrieb ist. Zum 300. Gründungstag am 18. Mai 2016 durfte ich dort die Gedenkrede halten.

Als ich am 25. August 1964 mit 800 weiteren Gefangenen von der Bundesregierung in Bonn gegen 32 Millionen Westmark freigekauft worden war, nahm ich im Jahr darauf mein Studium der Literaturwissenschaft in Mainz wieder auf, merkte aber, daß ich mich auf die Vorlesungen kaum konzentrieren konnte, immer wieder schweiften meine Gedanken ab zu den Mithäftlingen, die in Waldheim zurückgeblieben waren. Nach drei Semestern unterbrach ich mein Studium erneut und ging als Deutschlehrer nach Schweden, um Abstand zu beiden deutschen Staaten zu gewinnen. Danach konzentrierte ich mich auf DDR-Literatur und schrieb meine Dissertation über Anna Seghers (1900-1983). Und ich hielt Kontakt zu den Haftkameraden, die ich in Waldheim kennengelernt hatte und die noch in der DDR lebten.

Im Sommer 1989 ahnte ich, daß „drüben“ bald irgend etwas Gewaltiges geschehen würde. Überall in den Ostblockstaaten brodelte es, nachdem Sowjetführer Michail Sergejewitsch Gorbatschow 1985 in Moskau seine berühmte Rede über „Glasnost“ und „Perestrojka“ gehalten hatte. Aber die westorientierten Bundesbürger und ihre Regierung in Bonn wollten das nicht wahrhaben. Ich lauschte den Gesängen Wolf Biermanns, der im Herbst 1976 ausgebürgert worden war. In einem Lied sang er: „Hörte ich schwingen im Schienenschlag Lieder vom Frühling im roten Prag... Das Land ist still. Noch.“ Es klang wie eine Verheißung!

Das Land war still, aber seine Bewohner wollten nicht länger still sein! Am 4. September 1989 beschlossen 1200 Leipziger, die nachmittags in der Nikolaikirche, wenige Schritte vom Karl-Marx-Platz entfernt, am „Friedensgebet“ des Pfarrers Christian Führer (1943-2014) teilgenommen hatten, über den Leipziger Ring, der den historischen Stadtkern umschließt, zu demonstrieren. Es war ein wagemutiges Unternehmen, weil nicht sicher war, ob die Staatsmacht eingreifen würde. In Pe-

king waren in der Nacht vom 3. zum 4. Juni 1989 Hunderte von Studenten, die für die Demokratisierung des Landes demonstriert hatten, von den kommunistischen Machthabern erschossen worden, und die DDR-Regierung hatte nur vier Tage später, am 8. Juni 1989, dieses brutale Vorgehen gerechtfertigt. Die Leipziger Demonstranten aber führten Transparente mit, auf denen stand „Keine Gewalt!“ oder „Für ein freies Land mit freien Menschen“, und sie riefen im Sprechchor unablässig einen Satz, der die SED-Gewaltigen in Leipzig erstarren ließ: „Wir sind das Volk!“ Denn seit Kriegsende 1945 hatten die Kommunisten bestimmt, was das Volk zu denken hatte und wer es vor der Weltgeschichte vertrat. Und nun das! Am 9. Oktober 1989, als Egon Krenz in Ost-Berlin die Macht ergriff, waren es schon 70 000 Demonstranten in Leipzig und am 4. November, wenige Tage vor dem Mauerfall, in Berlin 500 000. Das war die Einwohnerzahl Leipzigs im Herbst 1989!

Und jetzt begannen die aufregend herrlichen Wochen bis zum 9. November und danach, als die Mauer in Berlin gefallen war. Wie gebannt saßen ich und meine DDR-geschädigten Freunde wie Erich Loest und Siegmund Faust vor dem Bildschirm und sahen uns satt an den Bildern eines untergehenden Staates, der nun, nach 40 Jahren, von der Landkarte verschwinden sollte. Als der Tag, auf den ich ein halbes Leben gewartet hatte, anbrach, konnte man noch nicht wissen, daß gegen Mitternacht Weltgeschichte geschrieben wurde. Am frühen Abend zwischen 18.00 und 19.00 Uhr wurden im DDR-Fernsehen Ausschnitte aus einer Pressekonferenz gezeigt, die Günter Schabowski, frisch berufener Staatssekretär für das Informationswesen, leitete. Er berichtete ausführlich und einschläfernd über die letzte ZK-Sitzung, wo auch über neue Regelungen für Reisen von DDR-Bürgern ins „kapitalistische Ausland“ gesprochen worden war. Wann die denn nun in Kraft träten, wurde von Westjournalisten gefragt. Günter Schabowski blätterte mürrisch in seinen Zetteln und sagte dann: „Sofort, unverzüglich!“ Diese zwei Worte waren das Signal für den Sturm auf die Mauer gegen Mitternacht am Grenzübergang Bornholmer Straße, wo um 23.30 Uhr die Schranken zur freien Ausreise gehoben wurden. Um diese Zeit rief mein Freund, der Lyriker Ulrich Schacht (1951-2018) aus Hamburg an und schrie uns Telefon: „Die Mauer ist weg!“ Er war in besonderer Weise betroffen, geboren im Frauenzuchthaus Hoheneck/Erzgebirge, wo seine Mutter eine zehnjährige Haftstrafe

zu verbüßen hatte, saß er später selbst vier Jahre im Zuchthaus Brandenburg.

In diesen Spätherbsttagen 1989 habe ich geweint vor Glück! Als ich die Ostberliner Mauerbrecher, hastig, aber mit verklärten Gesichtern aus den nun geöffneten Grenzübergängen hervorkommen sah, wußte ich, was sie fühlten und dachten, das hatte ich ein Vierteljahrhundert zuvor in Waldheim mitbekommen. Sie hatten bescheidene Wünsche: Sie wollten, obwohl es schon Mitternacht war, nur einmal unbeschwert über den hell erleuchteten Kurfürstendamm schlendern und die Schaufensterauslagen bewundern, mehr



Foto: Tilmann2007

Die Veste Heldburg.

nicht. Das reichte ihnen, zunächst. Nach einigen Stunden kehrten sie zurück nach Ost-Berlin, das nun eine ganz andere Stadt geworden war!

Am 18. November 1989 wurde auch in meiner Heimatstadt die Grenze bei Adelshausen geöffnet. Ich war nicht dabei, weil niemand mich verständigt hatte. Ich sah es im Fernsehen während einer Dienstreise in Heilbronn, klopfenden Herzens. Die Thüringer auf der anderen Seite der Grenze hatten die Nacht durchgefeiert und kamen im Morgengrauen in Scharen zu Fuß über den Todesstreifen, der keiner mehr war. Von der anderen Seite kamen die Rodacher mit ihrem Bürgermeister und Sektflaschen in der Hand. Beide Gruppen trafen sich auf dem letzten Stück der Hildburghäuser Straße, auf dem seit Jahren Gras wuchs. Die Thüringer hatten einen Trompeter mitgebracht, der unentwegt „Amazing grace“ in den Morgenhimmel blies. Und ich war nicht dabei! Zu Fuß wäre ich die elf Kilometer von Radach nach Hildburghausen gelaufen, das hatte ich mir seit Jahren geschworen!

Und dann kam der Tag, als ich die Heldburg erstieg! Als kleiner Junge bin ich einmal während des Krieges dort gewesen. Ich fuhr am Freitag, dem 15. Dezember 1989, nach Rodach, weil dort am Dritten Advent immer die „Fränkische



Keine „Letzte Adresse“ für Wolfgang Kreyßig in Chemnitz

Von Stefan Krikowski

Und dann stand ich am 10. August 2019 zur verabredeten Zeit vor ihr, in ihrer Wohnung im Chemnitzer Ortsteil Reichenbrand. So, oder wenigstens so ähnlich hatte ich sie mir vorgestellt. Klein und zierlich. Gut, die dunklen Haare waren jetzt silbergrau, und das Mädchenhafte, das sie auf dem Foto, das sie mir geschickt hatte, ausstrahlte, war verschwunden. Was auch nicht verwunderlich für eine 92-Jährige ist. Beeindruckt haben mich sofort ihre kerzengerade Haltung und ihr klarer, sanfter Blick. Nichts an ihrer Erscheinung deutet auf ihr hartes Schicksal hin.

Kennengelernt habe ich Elfriede Kreyßig über Anita Wille vor fast sieben Jahren während der Datenerhebung für die Website der Lagergemeinschaft workuta.de. Ohne großes Aufheben schickte sie mir ihren Lebenslauf, ein Foto, ihren Entlassungsschein aus Fürstenwalde, ihre Rehabilitierung und einen Lebensbericht. Seitdem haben wir uns einmal im Jahr zu Weihnachten geschrieben.

Als vor etwa einem Jahr Anke Giesen von Memorial Deutschland e.V. Kontakt zu mir aufnahm, um das Projekt „Letzte Adresse“ vorzustellen, das die russische Menschenrechtsorganisation Memorial jetzt auch auf Deutschland ausweiten möchte, habe ich sofort an Frau Kreyßig gedacht. Mit diesen Gedenktafeln möchte Memorial – als Pendant zu den Stolpersteinen, die an Holocaust-Opfer erinnern – der Menschen gedenken, die unschuldig in der Sowjetunion erschossen wurden oder im Gulag umkamen.

Ob sie sich vorstellen könne, für ihren Mann Wolfgang Kreyßig eine solche Gedenktafel an seiner letzten Wohnadresse anbringen zu lassen, fragte ich Frau Kreyßig. Sie antwortete am Telefon, daß sie dafür im Prinzip sehr offen sei, es gebe nur ein Problem. Das Haus, in dem die damals frisch Verheirateten wohnten, sei in den 1970er Jahren abgerissen worden. Aber vielleicht wäre der Bäcker nebenan bereit, die silbergraue Gedenktafel in der Größe eines Briefumschlags (11 x 19 cm) an sein Haus, neben der Einfahrt zum ehemaligen Wohnhaus, anbringen zu lassen.

Mit lediglich zweieinhalbjähriger Unterbrechung hat Elfriede Kreyßig ihr ganzes Leben in Chemnitz-Reichenbrand gewohnt. Ihren späteren Ehemann Wolfgang lernte sie in einer Tanzschule kennen – ganz klassisch. Wolfgang Kreyßig war Rechtspfleger am Amtsgericht Mittweida. Sie heirateten am 12. Oktober 1950 und zogen zu ihren Eltern in die Zwickauer Straße. Gegenüber der elterlichen Wohnung war ein Fotogeschäft, wo ihr Hochzeitsfoto im Schaufenster ausgestellt war.

Am Morgen des 22. Juni 1951 entdeckte Elfriede Kreyßig auf dem Weg zur Arbeit, daß das Hochzeitsfoto aus dem Fotogeschäft verschwunden war. Umgehend



Hochzeitsfoto von Elfriede und Wolfgang Kreyßig.

informierte sie ihren Ehemann. Umsonst. Er wurde noch am selben Tag vor seinem Haus verhaftet.

Als wir nach der Begrüßung in die Zwickauer Straße fuhren, zeigte sie uns, wo das Haus ihrer elterlichen Wohnung gestanden hatte. Jetzt war dort eine Brache. Nebenan war die Bäckerei und gegenüber, wo einst das Fotogeschäft stand, waren jetzt Garagen. Sie erzählte, daß Wolfgang Kreyßig der politischen Entwicklung durch die sowjetische Besatzungsmacht kritisch gegenüber gestanden habe. Er sei des öfteren nach Berlin gefahren. Ob er zum Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen (UFJ) in Berlin-Zehlendorf Kontakt aufgenommen hatte, konnte Frau Kreyßig mit Gewißheit nicht sagen. Verwundern würde es mich allerdings nicht, denn der

Leiter des UFJ, Walter Linse – Jurist und Anwalt, stammte ebenfalls aus Chemnitz.

Am 15. Juli 1951, drei Wochen nach dem Verschwinden ihres Ehemanns, wurde Elfriede Kreyßig verhaftet und in die Haftanstalt „Roter Ochse“ in Halle eingeliefert. „Die ganze erste Woche habe ich nur geweint“, erzählte Frau Kreyßig. Dann wurde sie aus der Einzel- in eine Gemeinschaftszelle verlegt, wo sie Anita Wille kennenlernte.

Später beim Kaffeetrinken gestand Frau Kreyßig, daß unter normalen Umständen Anita Wille und sie wohl nie Freundinnen geworden wären, weil sie völlig unterschiedliche Typen seien. Anita Wille war die Wagemutige, Kesse, Vorlaute. Aber der „Rote Ochse“ hat sie zusammengeschweißt. Es gebe keine bessere Kameradin als Anita Wille, schwärmte Frau Kreyßig. Sie sei von Anita nach Kräften beschützt worden. Und obwohl sie sich jetzt nicht mehr treffen könnten, weil sie beide schlecht zu Fuß seien, würden sie immer noch gelegentlich miteinander telefonieren.

Als Elfriede Kreyßig sich in der Zelle den Haftkameradinnen vorstellte, wußte Anita Wille sofort, wen sie vor sich hatte. In den Tagen und Wochen zuvor hatte sie nämlich mit Elfriedes Ehemann Wolfgang „geklopft“. Er hatte ihr u. a. per Klopfzeichen mitgeteilt, daß er einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte, als der sowjetische Verhörspezialist ihm offenbarte, daß sie jetzt auch seine Ehefrau verhaftet hatten.

Im Gruppenprozeß gegen 15 Personen vor einem sowjetischen Militärtribunal im Roten Ochsen am 21. November 1951 sahen sich Elfriede und Wolfgang Kreyßig erst- und letztmalig wieder. Wolfgang Kreyßig wurde bezichtigt, der Kopf einer Widerstandsgruppe zu sein und Spionage für den amerikanischen Geheimdienst betrieben zu haben. Er wurde zum Tode verurteilt. Sie wurde wegen angeblicher Mitwisserschaft zu 20 Jahren Lagerhaft verurteilt.

In einem unserer Telefonate zu Beginn des Jahres sagte Frau Kreyßig: „Bei der Verhaftung haben sie unsere Eheringe abgenommen. Die hätte ich gerne zurück.“ Ich riet ihr, Kontakt zur Stiftung Sächsische Gedenkstätten (Dresden) aufzunehmen, die ihr Unterstützung bei der Antragstellung gewährte. Der Föderale Sicherheitsdienst der Russischen Föderation (FSB Russlands) antwortete



am 27. März 2019 auf ihren Antrag zur Herausgabe ihrer Wertsachen: „In den Unterlagen der Akte sind Angaben darüber enthalten, daß die Wolfgang Kreisig und Elfriede Kreisig gehörenden Wertsachen am 24. Januar 1952 zugunsten des Staatshaushalts übergeben wurden.“ Die



Elfriede Kreißig mit Autor
Stefan Krikowski in Chemnitz.

Eheringe waren demnach schneller im russischen Staatshaushalt verschwunden, als Elfriede Kreyßig in Workuta war.

Nach dem Urteil konnte Elfriede Kreyßig für einen kurzen Moment ihren Mann sprechen. Sie versprach ihm, auf ihn zu warten. Er solle ein Gnadengesuch schreiben. „Wir werden uns später in Chemnitz wiedertreffen.“ Elfriede Kreyßig wurde zusammen mit Anita Wille nach Workuta deportiert. Dort waren sie in derselben

Baracke untergebracht, schufteten aber in verschiedenen Brigaden im Gleisbau. Elfriede Kreyßig mußte u.a. Schotter auf einen Bahnwagen laden; im Winter hatte sie Schnee zu schaufeln in der Tundra als Vorbereitung zum Bau einer Eisenbahnstrecke. Man kann sich nicht vorstellen, wie die zierliche, kaum 1,60 Meter große Frau bei den eisigen Bedingungen den Spaten über ihren Kopf Richtung Ladefläche schwingen konnte.

Am 19. Juni 1953 kam der Befehl, daß Elfriede Kreyßig auf Etappe gehen sollte. Ein schwerer Moment war es für die beiden Kameradinnen, als sie sich am Lagertor verabschieden mußten. Wahrscheinlich hofften beide, daß die Trennung nur von kurzer Dauer sei. Wer konnte wissen, daß ihre Freundin Anita erst zwei Jahre später, im Oktober 1955 entlassen werden würde. Elfriede Kreyßig mußte noch bis Ende Dezember in Tapiau (bei Königsberg) in Haft bleiben, bevor sie am 28. Dezember 1953 über Fürstenwalde nach Hause fahren durfte. Sie schickte ihren Eltern ein Telegramm, ihr erstes Lebenszeichen nach zweieinhalb Jahren des Verschollenseins, aber sie kam an dem Tag nicht in Chemnitz an, weil die Lagerleitung in Fürstenwalde keine Zivilkleidung in ihrer Größe hatte.

Für Elfriede Kreyßig hat sich nie die Frage gestellt, nach der Haftentlassung in den Westen zu gehen. Zu sehr war sie heimatverbunden. Und außerdem wollte sie eine

nochmalige Trennung ihren Eltern nicht antun. Im Januar 1954 fing sie in ihrer früheren Firma wieder an zu arbeiten. Dort blieb sie bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 1987.

All die Jahre wartete sie vergeblich auf ihren Ehemann. Ende der 1950er Jahre erfuhr sie über das Internationale Rote Kreuz, daß Wolfgang Kreyßig in Rußland umgekommen sei. Aber da sie keine weiteren Angaben über die näheren Umstände erfahren hatte, war da immer die Hoffnung, die Meldung sei falsch. So hat sie ihren Mann auch nie für tot erklären lassen. Erst Anfang der 1990er Jahre erfuhr sie über das Außenamt der Bundesregierung, daß Wolfgang Kreyßig bereits am 26. März 1952 im Moskauer Butyrka-Gefängnis hingerichtet und seine Asche auf dem Donskoje Friedhof verscharrt worden war.

Die Gedenktafel „Letzte Adresse“ an der Bäckerei wäre das einzige öffentliche Gedenken an das Unrecht, das Wolfgang Kreyßig widerfahren ist. Aber der Eigentümer der Bäckerei, den Frau Kreyßig schon als kleinen Jungen kannte, hat auf ihren Brief nicht einmal geantwortet.

„Die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem man nicht vertrieben werden kann.“ Dieser Spruch auf dem Fächer, den ihr Wolfgang Kreyßig einst während einer der Tanzstunden geschenkt hatte, ist zu ihrem Lebensmotto geworden. 

Erste „Letzte Adresse“ in Deutschland



Die 980. Gedenktafel, gleichzeitig erste in Deutschland, im Rahmen des europaweiten Projektes „Die letzte Adresse“ wurde von Memorial Deutschland e.V. für Heinz Baumbach am 30. August 2019 in Treffurt/Thüringen angebracht. Sie trägt die Inschrift: „Hier lebte Heinz Baumbach, Installateur, Geboren 1926, verhaftet 10.05.1952, zum Tode verurteilt 16.07.1952, in Moskau erschossen 23.10.1952, rehabilitiert 1996“

„Hammer – Zirkel – Stacheldraht“

Tief im Südwesten Deutschlands wird die Ausstellung „Hammer – Zirkel – Stacheldraht“ im DDR-Museum Pforzheim für mehrere Wochen präsentiert. Eine Wanderausstellung der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, in Kooperation mit dem Bürgerkomitee Magdeburg, kuratiert vom wissenschaftlichen Mitarbeiter der UOKG e.V., Dr. Christian Sachse, zum Thema Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR.

Am Sonntag, dem 3. September 2019, kamen nach einem eindrucksvollen Museumsbesuch am Spätnachmittag viele am Thema Interessierte und ehemalige Betroffene zur Ausstellungseröffnung. Zur Einführung sprach Birgit Kipfer, Vorsitzende des Stiftungsrates (Mdl), mit den Worten, „daß man in ein Museum geht und vielleicht nie mehr wieder kommt. Das wäre doch schade.“ Nach dem Umbau des Museums und der Neugestaltung gibt es nunmehr zwei perfekte Ausstellungsräume im Museum. Immer wieder können dort Wechsel- oder Wanderausstellungen gezeigt werden. Dieses Konzept geht auf und führt außer erwachsenen Besuchern viele Schulklassen ins Museum.

In dieser Ausstellung wird visuell sehr ausführlich über das Thema Zwangsar-

beit politischer Häftlinge in der DDR informiert. Wir wissen, daß Zwangsarbeit zu den Markenzeichen kommunistischer Diktaturen gehört. Bis zu 50 000 Menschen verrichteten von 1949 bis 1989 Zwangsarbeit. Der Sinn dieser Arbeit war u.a., die Menschen zu brechen und hart zu bestrafen – an Orten, wo kein Mensch arbeiten wollte wegen der schlechten Arbeitsbedingungen, der überhöhten Normen, dem unzureichenden Arbeitsschutz und der mangelnden Gesundheitsvorsorge. Dort kamen die politischen Häftlinge zum Einsatz.

Auch um den Arbeitskräftemangel zu beheben, wurde die Justiz vermehrt zur Beschaffung von Arbeitskräften eingespannt, wie einem Protokoll des ZK „über den Einsatz von Strafgefangenen 1973/74“ zu entnehmen ist. So die Information, die Christian Sachse noch weiter erklärte. In 55 Haftstätten des heutigen Sachsen-Anhalts, darunter Untersuchungsanstalten, Gefängnisse, Strafvollzugsanstalten, Zuchthäuser und Haftarbeitslager, mußten in etwa 180 Betrieben Häftlinge Zwangsarbeit leisten. Das Braunkohlenskombinat Bitterfeld, ORWO Wolfen, das Zementwerk Coswig und die chemischen Kombinate Bitterfeld Buna wie auch das Frauenzuchthaus Hoheneck waren die berühmtesten Arbeitsstätten, in denen Zwangsarbeit geleistet wurde. Christian



Foto: K. Helber

Christian Sachse informierte vertiefend über DDR-Zwangsarbeit.

Sachse informierte vertiefend und eindrucklich über das Thema. Immer wieder kam es zu Diskussionen während des Vortrags. Ehemalige politische Häftlinge, die Zwangsarbeit in Bitterfeld verrichtet hatten, waren im Publikum anwesend. Sie konnten selbst ihre Erlebnisse in Kurzform schildern, sehr emotional und teils lebhaft. Auch wußte im Publikum außer den Betroffenen kaum jemand, daß man im Frauenzuchthaus Hoheneck „Westware für den Klassenfeind“ herstellte.

Die Ausstellung „Hammer-Zirkel-Stacheldraht – Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR“ ist im DDR-Museum Pforzheim, einem Lernort der Demokratie, bestens angekommen und angenommen, so betroffen sie auch macht. Möge sie nachhaltig auf alle wirken. Die Ausstellung zu besuchen, ist ein großer Gewinn.

Konstanze Helber

„Gefängnis ist eine Extremerfahrung“

(e-sch) Mit einer Schweigeminute für die schon verstorbenen ehemaligen politisch gefangenen Frauen aus Hoheneck begann am Sonnabend, dem 7. September, im Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. die Einweihungsfeier einer Informations-tafel über das Frauenzuchthaus Hoheneck. Landrat a.D. Dieter Dombrowski, Vorsitzender des Vereins Menschenrechtszentrum Cottbus, und Elke Schlegel, Regionalbeauftragte der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) für Rheinland-Pfalz, enthüllten die Tafel.

In ihrer Rede sagte Elke Schlegel: „Durch die friedliche Revolution in der DDR ist das Tor zur deutschen Einheit aufgestoßen worden. Der Fall der Berliner Mauer machte das Jahr 1989 zu einem der entscheidenden Jahre in der deutschen

Geschichte. Es war der Drang nach Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, nach freien Wahlen, der die Menschen antrieb, Mauern zu überwinden. Die deutsche Einheit wäre aber nicht möglich gewesen ohne die europäischen Freiheitsbewegungen.

Das Niederreißen der Mauer, demokratische Wahlen und die deutsche Wiedervereinigung waren nicht nur Ergebnis dieses einen Tages, sie sind das Ergebnis eines langen Prozesses. Dieser begann bereits 1945 in der sowjetischen Besatzungszone und setzte sich nach Gründung der DDR fort. Opposition entstand in allen gesellschaftlichen Bereichen aus unterschiedlichen Gründen, z.B. Kollektivierung, Verfolgung der christlichen Kirchen oder der Militarisierung. Wer sich beteiligte, mußte mit politischer Verfolgung und harten Strafen rechnen, viele

erlitten Haft und erhebliche Nachteile, einige kostete es das Leben. Besonders groß war der Widerstand bei jungen Menschen, die ihre Freiheit forderten. Die Unzufriedenheit der Menschen mit dem SED-Regime zeigte sich insbesondere im Volksaufstand am 17. Juni 1953 und der Massenflucht von fast vier Millionen Menschen.

Gefängnishaft ist eine Extremerfahrung. Die Inhaftierten waren durch Isolierung, Verunsicherung und Demütigung den Vernehmern und Wachhabenden schutzlos ausgeliefert. Die Geräuschkulisse, das Zuschlagen der Zellentüren, das quietschende Öffnen der Essensklappen, das Klappern der Schlüssel oder die nächtlichen Klopfzeichen, mit denen sich die Häftlinge von Zelle zu Zelle verständigten, führen heute noch zu Flash Backs. »»



Elke Schlegel und Dieter Dombrowski nach der Enthüllung.

In Stollberg im Erzgebirge steht das ehemalige Frauenzuchthaus. Beklemmende Eindrücke sind auf dieser Tafel nicht wiederzugeben, aber der kurze Text darauf soll dem Leser mitteilen, wie man dort gefangen gehalten wurde. Wie man den Schikanen des Wachpersonals ausgeliefert war, wie katastrophal die hygienischen Bedingungen, die medizinische Versorgung und die tägliche Verpflegung waren. Eingesperrt mit schwerstkriminellen Frauen, darunter auch KZ-Aufseherinnen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begingen. Als Monster- und Mörderburg mit hohen Mauern, Elektrozaun und Stacheldraht, aus dem zu DDR-Zeiten niemandem die Flucht gelang, wird Hoheneck umschrieben. Jede Frau, die dort politisch inhaftiert war, hat ihr eigenes Schicksal, und viele leiden unter Langzeit- und Spätfolgen.

Der Zusammenhang zwischen den ehemaligen männlichen politischen Gefangenen von Cottbus und den weiblichen

politischen Gefangenen von Hoheneck besteht. Die Zahl der Cottbus-Hoheneck-Paare (nicht nur Ehepaare) ist mit hoher Wahrscheinlichkeit über 100, als obere Grenze werden sogar 500 vermutet.

Im Menschenrechtszentrum Cottbus hat sich nun die Möglichkeit ergeben, das Frauenzuchthaus Hoheneck mit einer Gedenktafel zu präsentieren. Diese Tafel ist ein fester Bestandteil deutscher Erinnerungskultur und soll an das Gedenken der Opfer und die Überwindung der SED-Diktatur erinnern. Alle ehemaligen Hoheneckerinnen sind aufgerufen, um aus dem Zuchthaus Hoheneck einen Ort des würdigen Gedenkens und erinnernder Wegweisung für zukünftige Generationen zu errichten."

Elke Schlegel und ihr Mann Thomas Schlegel sind gemeinsam die Initiatoren dieser Gedenktafel. Nach der feierlichen Enthüllung fand im ehemaligen Kinosaal der Cottbuser Haftanstalt innerhalb der Veranstaltung „Frauen in Hoheneck – Männer in Cottbus. Hoheneck – ein dunkles Kapitel der deutsch-deutschen Ge-

schichte" eine Podiumsdiskussion statt. Sehr einfühlsam moderierte Sylvia Wähling, Geschäftsführende Vorsitzende des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V. und Leiterin der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus. Betroffene und Experten kamen zu Wort.

Christel Kurth war 1984 in Hoheneck inhaftiert, ihr Mann Claus in Cottbus. Als Betroffene berichtete sie von ihren Erlebnissen in der Haft, während Sebastian Lindner, der über das Frauenzuchthaus Hoheneck seine Dissertation schrieb, zur historischen Einordnung beitrug. Bianca Eichhorn von der Stadt Stollberg berichtete über den aktuellen Stand der Entstehung der „Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck“. Die Veranstaltung fand ab 17.00 Uhr mit der Lesung von Barbara Große aus ihrem Buch „Aus der DDR-Diktatur in die Mainzer Freiheit“ ihren Abschluß. Barbara Große war 1983–1984 wegen „landesverräterischer Agententätigkeit“ für 2,5 Jahre in Hoheneck inhaftiert, bevor sie im März 1984 im Rahmen des Häftlingsfreikaufs von der Bundesrepublik freigekauft wurde.



Podiumsdiskussion mit (v.l.) Bianca Eichhorn, Sebastian Lindner, Sylvia Wähling, Christel Kurth und Claus Kurth.

Stürmische Zeiten

„Die Dopingopferhilfe hatte in den ersten Jahren als Verein viele Anfeindungen zu überstehen. Es ist erstaunlich, daß die Anfeindungen in den letzten Jahren wiedergekommen sind.“ In der Tat, was Dr. Michael Lehner – der neue Vorsitzende der Dopingopferhilfe e.V. (DOH) – zu Beginn seiner Rede auf einer Veranstaltung zum Thema Doping in der DDR im März in Schwerin feststellte, hatte besonders Ende 2018 an Fahrt aufgenommen. Es führte zum Wechsel im Vorsitz des Vereins.

Die DOH und vor allem ihre ehemalige Vorsitzende Ines Geipel sahen sich mas-

siver Kritik und teils persönlichen Angriffen ausgesetzt. Absender waren zum einen die Zeitung „Nordkurier“ aus Neubrandenburg und zum anderen eine Gruppe von insgesamt vier Personen um den Molekularbiologen Prof. Werner Franke. Von Mißbrauch von Mitteln des Entschädigungsfonds für Dopingopfer durch Trittbrettfahrer – gegen den der Verein zu wenig unternehme – war die Rede, von vom Verein nach oben manipulierten Opferzahlen des DDR-Zwangsdopings, von unzulässigen Verquickungen zwischen Verein und Wissenschaftlern, usw.

Die DOH hat sich zu den Vorwürfen detailliert geäußert und diese zurückgewiesen. So habe die DOH gar keine

Möglichkeit, darauf Einfluß zu nehmen, ob jemand als Opfer des DDR-Zwangsdopings anerkannt wird. Die Prüfung der Anträge erfolge allein durch das Bundesverwaltungsamt. Auch die Manipulation von Opferzahlen nach oben weist der Verein eindeutig von sich. Die Zahl von potentiellen Opfern beziehe sich auf die Zahl der Athleten, die dem Zwangsdopingsystem ausgesetzt waren. Tatsächlich geht die Forschung zur Zeit von ca. 15 000 DDR-Leistungssportlern aus, die staatlicherseits dem Dopingregime unterworfen waren.

Vereinsvorsitzender Lehner wies zudem im Gespräch mit dem Autor darauf hin, daß er den Verein in einem ordnungs-

gemäßen Zustand übernommen habe. Es habe keinerlei finanzielle Unregelmäßigkeiten gegeben. Die Beratungsarbeit sei unter Ines Geipel ordnungsgemäß durchgeführt worden, der Vereinszweck sei klar erfüllt worden. Er habe den Vereinsvorsitz übernommen, nachdem Ines Geipel ihn darum gebeten habe. Dabei sei es darum gegangen, Schaden vom Verein, der durch die andauernden Anschuldigungen und Angriffe hätte entstehen können, abzuwenden.

Der neue Vereinsvorsitzende will die Arbeit im bisherigen Sinne fortführen. Wichtig sei ihm die Beruhigung der Situation, jedoch werde er inhaltlich und in der Sache keine Abstriche machen. Die DOH will sich für die Zukunft thematisch breiter aufstellen. Es ist eine Erweiterung des Vereinszweckes um das Thema „Gewalt im Sport“ geplant, der Verein strebt eine Zusammenarbeit mit dem Verein „Athleten Deutschland“ an. Dieser setzt sich u. a. für mehr Mitbestimmung von Sportlern und gegen Doping und Machtmißbrauch im Spitzensport ein.

Die Angriffe auf die DOH kommen in einer Zeit, in der sich eigentlich viel Positives für betroffene Sportler getan hat. Das 2. Dopingopferhilfegesetz wurde von der Politik verabschiedet, in der Folge wurde der Hilfsfond für Entschädigungszahlungen deutlich aufgestockt. Die Öffentlichkeit ist sehr viel mehr als zu Beginn der Arbeit des Vereins vor 20 Jahren für das Thema „Zwangsdoping in der DDR“ sensibilisiert. Die Forschungen zu den Langzeitfolgen des DDR-Dopings wurden mit Unterstützung der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Mecklenburg-Vorpommern vorangetrieben.

Der Konflikt mit dem „Nordkurier“ ist nur aus politischer Sicht zu verstehen. Das Medienmagazin „ZAPP“ des NDR beschäftigte sich in einem Beitrag näher mit der Arbeitsweise der Zeitung. Der „Nordkurier“ würde immer wieder sehr wohlwollend über einen stasibelasteten DDR-Leichtathletiktrainer berichten, der unter Verdacht des systematischen Dopings stehe. Ines Geipel habe diesem u. a. Doping von Minderjährigen vorgeworfen. Der ARD-Dopingexperte Hajo Seppelt wurde in dem „ZAPP“-Beitrag in Bezug auf die Angriffe der Zeitung gegen die DOH deutlich: „Was für mich dahintersteckt, ist eine ganz klare Strategie, eine Kampagne, die hier gefahren wird. Und dann noch den Doping-Hilfe-Verein anzugreifen, der über Jahrzehnte

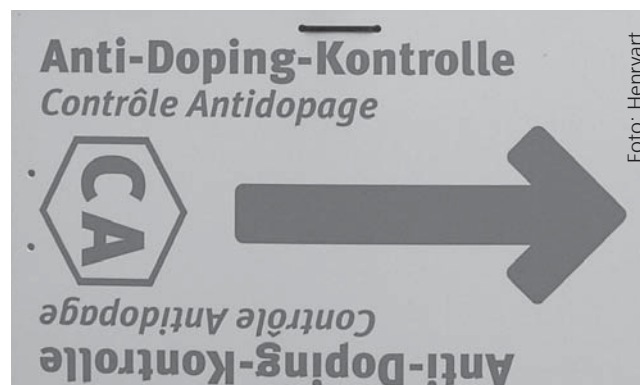
wichtige Aufklärungsarbeit für den Sport betrieben hat, das finde ich sehr, sehr bedenklich.“ Dem „Nordkurier“ wurde inzwischen unter Androhung eines hohen Ordnungsgeldes gerichtlich untersagt, große Teile seiner teils diskreditierenden Angriffe gegen Ines Geipel zu wiederholen. Der Verlag ist gegen dieses Urteil in Berufung gegangen.

Die Vorwürfe von Prof. Franke und dessen Mitstreitern, die diese in Form eines längeren Papiers im Dezember 2018 an die Medien gaben, seien als notwendige Kritik zur Kurskorrektur zu verstehen, so die Autoren. Kernpunkte der Vorwürfe sind eine angebliche Manipulation von Opferzahlen durch die DOH aus politischen Gründen, die Existenz eines Zwangsdopingsystems in der DDR wird in Frage gestellt, Forschungen von Wissenschaftlern aus Mecklenburg-Vorpommern zu den Langzeitfolgen des Dopings und einer eventuellen Traumaweitergabe an die nächste Generation werden als unwissenschaftlich dargestellt, geschäftliche Verbindungen zwischen Wissenschaftlern und der DOH behauptet. Daß diese und weitere Vorwürfe nach wie vor von der Gruppe um Franke vehement vorgebracht werden, zeigte ein Pressetermin der DOH am 15. August 2019.

Die Dopingopferhilfe hatte Pressevertreter in die Räume der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin eingeladen, um über die aktuelle Vereinsarbeit zu berichten. Prof. Franke hatte im Vorfeld seine Teilnahme angekündigt, der DOH-Vorstand hatte dieses Anliegen jedoch mehrfach abgelehnt. Dies sei erfolgt, um „die Sacharbeit des Vereins gegenüber den Medien, der Politik, dem Sport und der Öffentlichkeit in Ruhe darstellen zu können“, so der Verein. Franke ignorierte die Bitte des Vereins und provozierte zu Beginn des Pressetermins einen handgreiflichen Eklat mit dem Vereinsvorsitzenden Lehner. Lehner, der Franke aus dem Saal komplimentieren wollte, wurde von Franke körperlich angegriffen.

Im Gespräch mit dem Autor äußerte Franke, er habe diese Provokation gewollt, weil die derzeitige Praxis der Anerkennung und Entschädigung ein Betrugssystem sei. Die Stiftung, in der der Pressetermin stattfand, sei frei zugänglich, im übrigen sei er Gründungsmitglied der DOH gewesen. Franke kündigte

an, er werde ein Buch mit Enthüllungen über Doping im Osten und im Westen veröffentlichen (Arbeitstitel: „Im Osten wie im Westen“). Doping bezeichnete er als schwere Körperverletzung, unabhängig vom politischen System. „Was im Kommunismus ein Verbrechen ist, ist auch im Kapitalismus ein Verbrechen“, sagte Franke. Er und seine Mitstreiter würden außerdem reichlich vorhandenes Aktenmaterial mit Beweisen über Dopingpraktiken in Ost und West frei zugänglich veröffentlichen wollen, z.B. in Form einer Datenbank.



Hinweistafel für Dopingkontrolle bei der Deutschland-Tour 2005.

Auf dem Pressetermin im August berichtete die DOH über die derzeitige Arbeit. Der Beratungsbedarf bei den Betroffenen sei anhaltend hoch, man rechne mit einer weiteren Zunahme der Beratungsanfragen im zweiten Halbjahr 2019. Aufgrund einer Förderung könne der Verein ab September eine Sozialarbeiterin zur Unterstützung der Arbeit einstellen. Bereits laufende Studien zu den Spätschäden nach Dopingvergaben in der Primärgeneration würden gegenwärtig abgeschlossen. Eine zweite Studie zu Schäden in der 2. Generation sei angelaufen, Kooperationen mit den Landesbeauftragten würden intensiviert werden, Publikationen und Präventionsveranstaltungen seien neu geplant. Wichtiges Anliegen sei die Forderung an den Sport wie an die Politik, die Arbeit des Vereins für die Zukunft abzusichern. Bleibende Schäden würden nachhaltige Hilfen erfordern.

Bezüglich des Auftretens Frankes auf der Pressekonferenz teilt der Verein auf seiner Seite mit, daß er den Vorgang an die Staatsanwaltschaft übergeben habe. Angesprochen darauf, wie er sich das zukünftige Verhältnis zum Verein vorstelle, äußerte Franke gegenüber dem Autor, der Konflikt müsse bis zum Ende ausgetragen werden.

UOKG-Kongreß „Frauen in politischer Haft“

Am Samstag, dem **7. Dezember 2019**, lädt die UOKG zum Kongreß „Frauen in politischer Haft“ ein. Frauen in politischer Haft des SED-Regimes sind bisher kein eigenständiges Thema der historischen Darstellung gewesen. Unter den Strafvollzugsanstalten ist Hoheneck am bekanntesten geworden. Andere sind fast vollständig in Vergessenheit geraten. Stimmen aus anderen Haftanstalten mit ihren spezifischen Erfahrungen sollen auf dem Kongreß zur Sprache gebracht werden. Um ihre Berichte gebeten werden weibliche Häftlinge u.a. aus dem Roten Ochsen, aus dem Jugendhaus für Frauen Hohenleuben, dem Haftarbeitslager Dessau-Wolfen und der Außenstelle Markkleeberg. Sie sollen anlässlich des 30jährigen Jubiläums des Mauerfalls besonders gewürdigt werden.

11.00 Uhr: Begrüßung durch den Hausherrn und durch Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG

11.15 Uhr: Einführungsvortrag „Lager, Zuchthaus, Gefängnis, Kommandos –

Haftstätten für Frauen in der SBZ/DDR“, Dr. Christian Sachse, wissenschaftlicher Mitarbeiter der UOKG

11.45 Uhr: Panel 1 – „Hafterfahrungen von Frauen – Zeitzeuginnen berichten“, Marion S. über den Roten Ochsen und Dessau Wolfen

12.15 Uhr: Die „vergessene Haftanstalt“ Berlin-Grünau, Sandra Czech, Historikerin

12.45 Uhr: Diskussionsmöglichkeit

13.00 Uhr: Kaffee- und Imbißpause

14.00 Uhr: Zeitzeugenbericht „Von Gefängnissen und Bürgerrechten“, Freya Klier, Autorin und Regisseurin

14.30 Uhr: Diskussionsmöglichkeit

14.45 Uhr: Panel 2 – „Hafterfahrungen von Frauen – Zeitzeuginnen berichten“, Carla Ottmann über Hoheneck und die UHA Panikow, Rosemarie R. über Markkleeberg

15.30 Uhr: Kaffeepause

16.00 Uhr: „Widerstand von Frauen in der SBZ und frühen DDR“, Ausschnitte aus der gleichnamigen Filmdokumentation von Alexandra Pohlmeier

17.00 Uhr: Diskussionsmöglichkeit

17.15 Uhr: „Interessenvertretung weiblicher politischer Häftlinge – künftige Aufgaben und Chancen“, mit Diskussion

17.45 Uhr: Abschluß

Veranstaltungsort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

Veranstalter: UOKG e.V. in Kooperation mit der Stiftung Berliner Mauer

Die Veranstaltung wird gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. 

Einladung

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

wir laden Euch ganz herzlich zur Jahresabschlussveranstaltung 2019 ein.

Sie findet am Samstag, dem **30. November 2019, um 10.00 Uhr** statt.

Der Ort unseres Treffens hat sich geändert: Es ist die Ratsstube am Johannisplatz 1 (ehem. Staatsbank) in 09111 Chemnitz.

Wie jedes Jahr wollen wir uns zum Jahresende Zeit für einen Rückblick nehmen und uns in schöner Atmosphäre wiedersehen. Familienangehörige und Freunde sind ebenfalls herzlich eingeladen.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

Teilnahmebestätigung bitte an: VOS Chemnitz, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz oder per Telefon unter (0176) 76 75 75 14 51

Der Vorstand der VOS Chemnitz – Hohenstein – Ernstthal – Stollberg

Anhörung gefordert

Am 3. September 2019 haben Dieter Dombrowski für die UOKG und Inge Bennewitz als Betroffene einen Brief mit der Bitte um eine Anhörung an die Mitglieder des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages geschickt. Reaktionen auf die im April dieses Jahres eingereichte Petition mit der Bitte um angemessene Entschädigung für jeden Zwangsausgesiedelten hatten gezeigt, daß immer noch große Unklarheiten über die Zwangsausiedlungen (im Sinne des 2. SED-UnBerG) aus dem Grenzgebiet bestehen.

In einem Anhang wurden die wichtigsten Aspekte noch einmal zusammengefaßt:

Überblick: Zwangsausiedlungen an der innerdeutschen Grenze

- Die Zwangsausiedlungsaktionen 1952 und 1961 aus dem 5-km-Sperrgebiet ins DDR-Hinterland wurden nicht durchgeführt, um in vorderster Front Platz zu schaffen für Grenztruppen.
- Betroffen waren 3,4% der Bewohner, die willkürlich aus der Masse politisch Unzufriedener ausgewählt wurden. Die Arbeitsgruppe Regierungskriminalität

hat ermittelt wegen Nötigung einzelner zur Abschreckung anderer.

- Drei Rechtsexperten sprachen in Bezug auf beide Aktionen von
 - besonderer Unmenschlichkeit
 - exceptioneller, individueller politischer Verfolgung (Klaus Kinkel, 1992) und einer
 - Vergleichbarkeit mit einer zeitlich begrenzten Haft und anerkanntem, schweren Menschenrechtsverstoß.
- Psychiater fanden heraus, daß Zwangsausgesiedelte psychisch genauso häufig erkrankten wie Haftopfer (60%), kritisierten die bisherigen Entschädigungsleistungen als unzureichend und forderten eine angemessene Entschädigung – im Interesse der Betroffenen und der inneren Einheit in Deutschland.
- Ca. 70% der Betroffenen sind oder wären heute mindestens 67 Jahre alt, 30% sind 58 oder älter. Alle sind in Listen erfaßt. Es gibt dazu zahlreiche, auch wissenschaftliche Publikationen. Der noch zu schaffende Härtefallfonds ist eine gute Sache für politisch Verfolgte in prekärer Lage, aber keine Lösung für die Zwangsausgesiedelten als Gruppe. 

Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel

Die Ausstellung „Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel“ widmet sich dem Alltag der deutschen Einheit seit 1990. Im Zentrum stehen dabei die Umbrucherfahrungen der Ostdeutschen. Deren Lebenswelten hatten sich mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 grundlegend verändert. Autor der Ausstellung ist der Historiker und Publizist Stefan Wolle, der über 120 Fotos für die Schau ausgewählt hat. Herausgeber sind die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Die 20 Tafeln umfassende Ausstellung steht ab 18. März 2020 als Poster-Set im Format DIN A1 gegen eine Schutzgebühr von 30 Euro (zzgl. Versandkosten) für die historisch-politische Bildungsarbeit zur Verfügung. Sie kann darüber hinaus in weiteren Formaten und Ausführungen bestellt werden.

„Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel“ schließt an die vom Ostbeauftragten und der Bundesstiftung herausgegebene

Ausstellung „Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“ an. Die seit Juli 2019 als Poster-Set lieferbare Schau wirft mit ihren 20 Tafeln Schlaglichter auf die Jahre 1989/90.

Es fehlt – in Ost wie in West – an Wissen sowie an einem unvoreingenommenen Diskurs über die Zeitgeschichte der deutschen Einheit nach 1990, der Klischees hinterfragt und nicht zuletzt im Westen ein Bewußtsein für das Ausmaß der Umbrucherfahrungen stiftet, die in der ostdeutschen Gesellschaft fortwirken.

Hier setzt die Ausstellung „Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel“ an. Die Ausstellung thematisiert mit Bildern und Texten die Erwartungen und das Vertrauen, das die Ostdeutschen mit der Wiedervereinigung verbunden hatten. Sie ruft die innerdeutsche Solidarität und Hilfsbereitschaft in Erinnerung, die die Anfangszeit prägten. Die Schau erzählt von den Neuanfängen und Aufbrüchen, wie auch vom Willen, die SED-Diktatur aufzuarbeiten.

Sie dokumentiert die Verzweiflung, die mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit einherging und die Verlusterfahrungen und Ängste, die die 1990er Jahre in Ostdeutschland prägten. Jede Ausstellungstafel präsentiert sieben Bilder renommierter Fotografen, erläuternde Bildlegenden sowie einen feuilletonistischen Ausstellungstext im Umfang von 1000 Zeichen. QR-Codes verlinken zu Zeitzeugenvideos, die der Ausstellung eine zusätzliche multimediale Dimension verleihen.

Bestellformular auf der Internetseite der Bundesstiftung Aufarbeitung: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

Ausgeliefert wird ab 24. Februar 2020. Die Rechnungsstellung erfolgt bei Lieferung und kann nicht ins Jahr 2019 vorgezogen werden. Die Premiere der Ausstellung findet am 18. März 2020 in Berlin statt. Für die Ausstellung gilt daher eine Sperrfrist bis einschließlich 17. März 2020. 

Gesucht:

Persönliche Erfahrungen und Geschichten des gesellschaftlichen Wandels in Deutschland nach 1989/90

30 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit sind Anlaß für den Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“. Gemeinsam rufen der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer Christian Hirte und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren im gesamten Bundesgebiet dazu auf, sich zwischen dem 16. September 2019 und dem 1. März 2020 mit den Umbrüchen in Deutschland nach 1989/90 auseinanderzusetzen und eigene Projekte zum Thema zu entwickeln. Die Form der Einreichungen kann von Textbeiträgen über Comics bis zu Filmen variieren. Die besten 30 Wettbewerbsbeiträge werden mit einem Preisgeld in Höhe von 500 bis 3000 Euro prämiert.

Christian Hirte freut sich auf die Wettbewerbsbeiträge: „Der Wettbewerb soll zu einem gesamtgesellschaftlichen Diskurs über die Um- und Aufbrüche nach 1989/90 beitragen. Es liegt auf der Hand, daß die Erfahrungen in Ost- und West-

deutschland sehr unterschiedlich waren und auch heute noch unterschiedlich wahrgenommen werden. Unser Land braucht im Sinne einer inneren Einheit die Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Erfahrungen und die Anerkennung der Leistungen ostdeutscher Menschen in den Jahren nach der Wiedervereinigung. Gerade für die Jüngeren ist es wichtig, Geschichte immer wieder neu zu ergründen und sie lebendig zu halten. Geschichte kann äußerst spannend sein. Ich bin gespannt darauf, wie junge Menschen diese Zeit aus ihrer Perspektive erzählen.“

Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, wünscht sich eine hohe Beteiligung am Wettbewerb: „Für alle, die den Umbruch 1989 und den Einigungsprozeß von Beginn an bewußt erlebt haben, sind die Ereignisse zur biografischen Selbstverständlichkeit geworden. Wer nach der Jahrtausendwende geboren ist, muß dagegen mit einem Forscherblick an die Umbruchszeiten herangehen. Wir möchten Jugend-

liche aus Ost und West dazu motivieren, eigene Fragen zu stellen und Antworten zu finden. Der Blick auf die jüngste Geschichte kann ihnen dabei helfen, die Gegenwart besser zu verstehen.“

Das Projekt ist bis spätestens zum 1. März 2020 einzureichen. Die Preisverleihung findet im Juni 2020 in Berlin statt.

Informationen zum Wettbewerb unter www.umbruchszeiten.de

Projektbüro, Jugendwettbewerb Umbruchszeiten, Tel. (030) 31 98 95-319, E-Mail: umbruchszeiten@bundesstiftung-aufarbeitung.de 

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonntags, am 2., 9., 16., 23. und 30. November sowie am 1. und 7. Dezember, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Taschenkalender „Erinnerung als Auftrag 2020“ erschienen

Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das Jahr 2020 ist erschienen. Anlässlich des 30. Jubiläums der deutschen Einheit ist der Taschenkalender zugleich eine Chronik des Jahres 1990: Tag für Tag verweist er auf kleine und große Ereignisse, die dieses Jahr zu einem Höhepunkt der deutschen Geschichte werden ließen.

Die Kalenderchronik ruft die fortschreitende Selbstdemokratisierung der DDR ins Gedächtnis, die Entmachtung von SED und Staatssicherheit und die Formierung der jungen politischen Kräfte, die aus der Friedlichen Revolution hervorgingen. Sie erinnert an die einzigen demokratischen Volkskammerwahlen und die erste frei gewählte und gleichzeitig letzte DDR-Regierung, an die intensiven innerdeutschen Verhandlungen und die gewaltigen politischen Anstrengungen der Akteure in Ost und West auf dem Weg zur deutschen Einheit. Die Chronik wirft Schlaglichter auf die umfassende gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation, der sich die Menschen zwischen Rügen und dem Erzgebirge gegenübersehen.

Sie beschreibt die außenpolitischen Weichenstellungen bis zur Erlangung der deutschen Einheit sowie die vielfältigen politischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Dem Kalendarium ist darüber hinaus eine Übersicht über eine Vielzahl weiterer Ereignisse der deutschen und europäischen Geschichte ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts vorangestellt, die sich 2020 jähren.

Die ersten 50 Leserinnen und Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt.

Weitere Exemplare des Taschenkalenders können bei der Bundesstiftung Aufarbeitung unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 oder per E-Mail an buer@bundesstiftung-aufarbeitung.de bestellt werden.

Information der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Leserbrief

Erwiderung

Zum Leserbrief „Besser, es hätte sie nicht gegeben“ (Ausg. 7/2019, S. 9) sei festgestellt: Die Ansicht, Widerstand sei vergeblich, ist falsch. Ein erfolgreiches Attentat gegen Hitler (20.7.45) hätte Deutschland unendlich viele Tote und Verwundete, Flüchtlinge sowie Gebäudeschäden erspart. Die deutsche Wiedervereinigung wurde nicht vom Westen, sondern durch DDR-Bürgerrechtler erzwungen. Der jetzige Widerstand der Hongkonger gegen die Peking-Diktatur ist keineswegs „vergeblich“. Die Personen in den West-Berliner Stellen als Widerständler in Führungszeichen zu setzen, stellt eine Unverschämtheit dar: Eigentlich alle hatten gegen die zweite deutsche Diktatur gekämpft. Die Behauptung, sie „gingen kein Risiko ein“, ist unwahr und verrät nur sehr geringes Wissen. Die Entführungen von Dr. Linse und Herrn Neumann vom UfJ sowie die eines Exil-CDU-Mitglieds und gleiche Versuche bei Dr. Hildebrandt

von der KgU beweisen das Gegenteil. Sie alle waren weitaus gefährdeter als der Briefschreiber!

Zum indirekten Vorwurf, ich hätte nicht die ganze Zeit in der DDR gelebt, sei festgestellt, daß ich erst nach der Verhaftung meiner zwei Freunde unserer Widerstandsgruppe floh (beide überlebten Bautzen nicht). Durch meine, seit 1984 alljährlichen Buch-Veröffentlichungen über die östliche Spionage gegen die Bundesrepublik war ich bei der Stasi ein „Operativer Vorgang“ und wurde von meinem direkten Gegner, Oberst Eichner der HVA, in seinen Veröffentlichungen recht häufig beschimpft.

Den USA (als Sieger- und Schutzmacht) vorzuwerfen, sich 1950 (mit Koreakrieg und vielen Drohungen Ost-Berlins, auch den Westteil Deutschlands zu „befreien“) für die entsprechenden Vorgänge in der DDR zu interessieren, grenzt an politische Naivität.

Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann,
Königswinter

Projekttag in Neubrandenburg

Die Außenstelle des BStU in Neubrandenburg führt auch in diesem Jahr am 9. November einen Projekttag für Schüler durch. Unter dem Motto „Diktaturen im 20. Jahrhundert“ haben die Heranwachsenden Gelegenheit, sich im Rahmen des jährlichen bundesweiten Projekt-tages an Deutschlands Schulen speziell an diesem geschichtsträchtigen Datum mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts auseinanderzusetzen. Kooperationspartner der Veranstaltung ist wie in den Jahren zuvor das Regionalzentrum für demokratische Kultur Neubrandenburg.

Der diesjährige Projekttag bietet einen Workshop „Aktengeheimnisse – Ausreisen oder Dableiben?“ an, der anhand eines fiktiven Forschungsantrages an die Stasiunterlagenbehörde den Schülern die Möglichkeit der Arbeit mit Auszügen aus Stasiakten gibt.

Zwei weitere Workshops widmen sich Zeitzeugengesprächen. Dazu sind zum einen Pastor Roland Schaeper aus Röbel zu Gast, der über die Friedliche Revolution in seiner Stadt befragt werden kann, und zum anderen wird Michael Stieber aus Neubrandenburg über seine Flucht über Ungarn in den Westen und seine Beweggründe für diese Auskunft geben. Das Regionalzentrum für demokratische Kultur wird erneut seinen Workshop „Demokratie vs. Diktatur“ anbieten, der im Rahmen eines Rollenspiels zum eigenständigen Erarbeiten von Merkmalen der jeweiligen Gesellschaftsform anregt.

In Medienberichten wird immer wieder beklagt, daß das Wissen über die DDR bei Schülern nur gering ausgeprägt sei. Schüler und Lehrer verweisen darauf, daß zwar ein starkes Interesse an der zweiten deutschen Diktatur bestehe, die Zeit im Unterricht für dieses Thema aber bei weitem nicht ausreiche. Angebote, wie die des Neubrandenburger Projekt-tages, sind daher ausdrücklich zu begrüßen. Zu wünschen ist, daß dieser eine Vorbildwirkung für andere Akteure entwickeln kann. Generell sollte ein Diskurs auf den verschiedenen Verantwortungsebenen stattfinden, wie die Situation verändert und verbessert werden kann.

Jörg Plath

Veranstaltungen

29.10. (Di), 16.00 Uhr:

Operative Psychologie der Staatssicherheit der DDR. Ref. Prof. Dr. Dr. Uwe Wolfradt, MLU Halle-Wittenberg; Veranstaltung d. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Ort: Auditorium Maximum, HS AudiMax, Universitätsplatz, 06108 Halle/Saale

29.10. (Di), 18.00 Uhr:

Zeitzeugen lesen ihre Texte aus dem Buch von Matthias Bath (Hg.) „Mauerfall – 25 und eine Erinnerung an die Nacht des 9. November 1989“; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

29.10. (Di), 18.00 Uhr:

Comrades & Cash – Geheime Geschäfte unter dem Eisernen Vorhang, Film u. Gespräch; Veranstaltung der Brandenburger LpB; Ort: Heinrich-Mann-Allee 107, Haus 17, Eingang Friedhofsgasse, 14473 Potsdam

2.11. (Sa), 18.00 Uhr:

In mir steckt ein Schrei, mit Karl-Heinz Bombberg, Liedermacher, u.a.; Ort: Bekenntniskirche Treptow, Plessenstr. 4, 12435 Berlin

5.11. (Di), 18.00 Uhr:

Geschichte und Gedächtnis. 1989 europäisch erinnern; Diskussionsveranstaltung der Deutschen Gesellschaft e.V. u.a im Rahmen der Reihe „89 Revolution! 1989 – Aufbruch ins Offene“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

5.11. (Di), 18.30 Uhr:

30 Jahre Mauerfall – Alte und neue Grenzen im Blick auf die Forschung, mit Dr. Nina Frieß, Slawistin, Dr. Felix Kratzek, Politologe, Dr. Sabine von Löwis, Geographin; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

6.11. (Mi), 18.00 Uhr:

Erzählen am Runden Tisch. Gespräch über 30 Jahre Friedliche Revolution 1989 in Rheinsberg, Gesprächsabend; Veranstaltung d. Brandenburger Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD); Ort: Mühlenstr. 15, 16831 Rheinsberg

6.11. (Mi), 18.00 Uhr:

Revolution auf der Bühne? Die Berliner Theaterlandschaft und der Systemwechsel, Matthias Warstat, Berlin; Veranstaltung im Rahmen der Ringvorlesung „1989 – (k)eine Zäsur?“; Ort: Stiftung Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

SED-Diktatur und Erinnerungsarbeit

Die Auswahlbibliographie von Rainer Eckert gilt zu Recht als Standardwerk. Der Titel „SED-Diktatur und Erinnerungsarbeit im vereinten Deutschland“ zielt auf das Wesen der kommunistischen Diktatur und ist nicht als Teil der Geheimdienstgeschichte zu verstehen. Eine solche Zusammenstellung hat es bislang nicht gegeben.

Im begleitenden Text nimmt Eckert Stellung zu Fragen des deutschen Vereinigungsprozesses, die allerdings den Rezensenten – bei aller Akzeptanz – an einigen Stellen nachdenklich macht. Zum Beispiel analogisiert Eckert in der Einleitung den Prager Frühling mit der APO-Bewegung 1968. Wie der Rezensent sich erinnert, waren die Rufe nach Freiheit in Prag und die Rufe nach Ho Chi Minh in Berlin-Charlottenburg sehr unterschiedliche Rufe – unvereinbar. Auch sagt Eckert, die Mehrheit der Bürgerrechtler empfinde sich als politisch links. Auf welcher Grundlage er dies zu wissen glaubt, bleibt offen, denn eine entsprechende Befragung hat nie stattgefunden. Dieselbe Frage stünde, wenn er meinte, die Bürgerrechtler in die rechte Ecke einsortieren zu müssen. Bürgerrechtler aus der DDR sind Demokraten und somit per definitionem antikommunistisch. Aber unklar ist auch hier, wie viele von ihnen dieser Wertung zustimmen würden.

Wenn der Autor kritisiert, daß Politiker wie Putin und Trump westliche Grundprinzipien in Frage stellten, darf man vielleicht in Erinnerung rufen, daß die deutsche Regierung schon mal Entscheidungen trifft, die ganz Europa tangieren, ohne eine Parlamentsanhörung abzuwarten, geschweige denn, das Volk zu befragen. Insbesondere als Deutscher sollte man sehr zurückhaltend in der Kritik an den Regierungen anderer Länder sein, meint zumindest der Rezensent. Eckert erwähnt die Erfolge der AfD, und zwar als Negativum. Es fällt auf, daß die Tatsache, daß auch die SED im Bundestag vertreten ist, dem Autor dagegen keine kritische Zeile wert ist. Unter mehreren Namen, einmal „Die Linke“, einmal „Linkspartei“, vorher SED-PDS und PDS, spielt sich dieser Verein als Moralapostel auf, obwohl er durch eine blutbefleckte militaristische Vergangenheit geprägt ist. Die AfD, deren Erfolge auch der Rezensent bedauert, ist aber immerhin eine Partei, deren Exponenten in vielen Fällen aus demokratischen Parteien in die neue Partei gekommen sind.

Doch weiter zum eigentlichen Inhalt des Buches von Rainer Eckert.

Die bibliographische Zusammenstellung ist zweifellos von großem wissenschaftlichem Nutzen; wer die Literaturlage erkunden will, wird hier fündig. Der Zugang zu den Informationen kann einerseits thematisch erfolgen. Andererseits gibt es ein



Rainer Eckert: *SED-Diktatur und Erinnerungsarbeit im vereinten Deutschland. Eine Auswahlbibliographie*, Mitteldeutscher Verlag Halle (Saale) 2019, 761 S., 40,- €

sehr umfangreiches Personen- und Stichwortverzeichnis, durch das man einzelne Autoren und ihre Buch- bzw. Aufsatztitel finden kann. Die großen Themen sind, verkürzt gesagt: Allgemeine Arbeiten, Arbeiten zur juristischen Auseinandersetzung, Arbeiten zu Widerstand und Opposition. Im Detail sind alle Themen nochmals gegliedert, zum Beispiel: Ausreise, Entführungen, Flucht und Freikauf.

Rainer Eckert bedauert, daß relevante Titel aus den Jahren 2017 bis 2019 nicht eingearbeitet worden seien. Dennoch haben einige neuere Titel den Weg ins Buch gefunden, so z.B. das sehr wichtige Buch von Rolf Joachim Erler: „Freiheit, die ich meine“ aus dem Jahr 2018. Eckert merkt an, daß Stasi-Offiziere nur gering vertreten seien. Einige Beispiele, alphabetisch geordnet, relativieren diese Aussage durchaus: G. Bohnsack, K. Eichner, R. Grimmer, W. Großmann, U. Karlstedt, H. Kierstein, P. Pfütze, K. Rehbaum, G. Schramm, W. Schwanitz, J. Schwarz, M. Wolf. Alles Offiziere höheren Dienstgrades – ehemals. Sogar die Verwaltung Aufklä-



rung (Nachrichtendienst der NVA) ist mit A. Kabus vertreten. Andere erwähnte SED-Funktionäre sind unter anderen: KD. Baumgarten, E. Buchholz, E. Krenz. Um nicht mißverstanden zu werden, sei gesagt, daß solche Autoren selbstverständlich dabei sein müssen. Laut Personenverzeichnis ist die Justizfunktionärin Gudrun Benser im Buch genannt, aber auf der angegebenen Seite ist sie nicht zu finden. Was allerdings die Philosophen John Rawls und Hannah Arendt in diesem Buch zu suchen haben, scheint rätselhaft. Ebenso erstaunlich ist es, daß der Autor Friedrich-Wilhelm Schlomann zwar vertreten ist, jedoch seine wichtigen Bücher „Die Maulwürfe...” (München 1993) und „Operationsgebiet Bundesrepublik“ (München 1995) nicht erwähnt werden. Ebenso wie Karl-Wilhelm Fricke hat sich Schlomann mit seinen Veröffentlichungen große Verdienste erworben, besonders zu Zeiten, als dies für die Chronisten östlicher Wühlätigkeit noch gefährlich war. Für seine Vorträge zum Thema MfS am Gesamtdeutschen Institut hat der Rezensent jedenfalls von Fricke und Schlomann sehr profitiert. In Eckerts Buch wird das Institut für Zeitgeschichte erwähnt. Sicherlich ist bei einer Neuauflage ein Hinweis sinnvoll, daß es ein Deutsches Institut für Zeitgeschichte gab, das politisch mehr oder

weniger das Gegenteil der Münchner Einrichtung war. Edmund Kabischs Buch „Die langen Schatten...” ist in der Bibliographie schon enthalten, obwohl es noch gar nicht erschienen ist. Und ein Buch des Stasi-Funktionärs Knauer wird mit identischem Eintrag gleich zweimal genannt. Gleiches trifft auf eine Veröffentlichung Schlomanns zu. Aber solche Anmerkungen ändern nichts an der positiven Einschätzung der Publikation.

Alles in allem ist zu sagen, daß Eckerts Bibliographie als Nachschlagewerk von größtem Wert für die wissenschaftliche Arbeit ist. Eine Weiterführung dieses wertvollen Projektes ist unbedingt nötig. Bei einer weiteren Auflage oder einer Weiterführung sollten auch andere Buchtitel von SED-Funktionären und speziell Stasi-Leuten Eingang finden. Obwohl meist ideologisch überfrachtet, sind solche Bücher häufig auch von ihrem sachlichen Gehalt her interessant.

Auf der ersten Seite widmet Prof. Dr. Eckert sein Buch den „ostdeutschen Revolutionären“, ein Buch, das im „Mitteldeutschen Verlag“ erschienen ist. Eine Klärung ist anzuraten, meint Rezensent

Bernd Lippmann.

Allein gegen die DDR-Diktatur

(AT) Als Gabriel Berger 1957 dreizehnjährig aus Polen in die DDR kam, war ihm dort eine steile Karriere fast sicher. Da seine Eltern polnische Juden waren, die sich vor den Nationalsozialisten verstecken mußten, und er selbst 1944 im von Deutschen besetzten Frankreich geboren wurde, war auch er, wie seine Eltern, in der DDR als Verfolgter des Naziregimes (VdN) anerkannt. In der Oberschule war er ein

Musterschüler, mit besonderer Begabung für Mathematik und Naturwissenschaften, und, was in der DDR noch mehr zählte, er brachte aus dem Elternhaus das „richtige“ sozialistische Weltbild mit. Als Schüler identifizierte er sich voll mit dem DDR-System. 1961 befürwortete er sogar den Bau der Mauer als Schutzmaßnahme gegen den Westen.

Bis dahin deckte sich Gabriel Bergers Biographie weitgehend mit der von jungen Leuten, die in der DDR in den wenigen jüdischen Familien aufwuchsen. Doch die DDR wurde für ihn nie eine Heimat. Unter dem Einfluß der demokratischen Opposition in Polen distanzierte er sich als Physik-Student von der allgegenwärtigen Diktatur in der DDR, die auch in die Kultur und in die Privatsphäre der Menschen



.....
Gabriel Berger: Allein gegen die DDR-Diktatur. Beschattet vom Ministerium für Staatssicherheit im Osten und Westen (1968-1989), Lichtig Verlag 2019, 264 Seiten, 14,90 €

Veranstaltungen

7.11. (Do), 18.00 Uhr:
 Was haben wir davon? **Die „Rote Fahne“, das Erbe der DDR und Dresdens Erinnerungskultur**; Veranstaltung d. Katholischen Akademie Dresden-Meißen u.a.; Ort: Kulturpalast Dresden, Zentrum für Baukultur Sachsen, Schloßstr. 2, 01067 Dresden

9.11. (Sa), 10.30 Uhr:
30. Jahrestag des Mauerfalls. Gedenkveranstaltung (nur mit Einladung) und ganztägiges Veranstaltungsprogramm; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer/Kapelle der Versöhnung, Bernauer Straße, 13355 Berlin

10.11. (So), 15.00 Uhr:
Festgottesdienst, anschließend Podiumsdiskussion mit Karl-Heinz Baum, Journalist, u. Pfarrer i.R. Harro Lucht; Veranstaltung des Pfarrsprengels Prenzlauer Berg in der Reihe „Die Reste der Revolution“; Ort: Immanuelkirche, Immanuelkirchstr. 1, 10405 Berlin

11.11. (Mo), 19.00 Uhr:
Die Friedliche Revolution in der Region Finsterwalde. Was bewegte uns damals? Was bewegt uns heute, Gesprächsabend; Veranstaltung der LAKd; Ort: Schloßstr. 5, 03283 Finsterwalde

12.11. (Di), 18.00 Uhr:
60 Jahre Godesberger Programm – Warum hat sich damals die SPD von Marx getrennt? Vortrag v. Prof. Dr. Konrad Löw; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

12.11. (Di), 18.00 Uhr:
1989 – Die Friedliche Revolution in Dresden, im Gespräch mit Dr. Herbert Wagner und Annemarie Müller; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Ort: Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

13.11. (Mi), 18.00 Uhr:
Politische Kultur im Wandel? Der Populismus in Ostmitteleuropa und seine Vorgeschichte, Dieter Segert, Wien; Veranstaltung im Rahmen der Ringvorlesung „1989 – (k)eine Zäsur?“; Ort: Humboldt-Universität zu Berlin, Hausvogteiplatz 5–7, Saal 007, 10117 Berlin

13.11. (Mi), 19.00 Uhr:
„Ohne Ruhe rollt das Meer“, Lesung und Konzert mit Gerhard Bause und Stephan Krawczyk anlässlich der Öffnung der Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II vor 30 Jahren; Veranstaltung der Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen



17.11. (So), 17.00 Uhr:

„Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen“ (Primo Levi). Zu Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Kammerkonzert und Lesung zum Volkstrauertag; Veranstaltung der Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

20.11. (Mi), 18.00 Uhr:

Renaissance des Religiösen? Der (Wieder-)Aufstieg der Kirchen in Mittel und Osteuropa, Detlef Pollack, Münster; Veranstaltung im Rahmen der Ringvorlesung „1989 – (k)eine Zäsur?“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

26.11. (Di), 18.00 Uhr:

„Der Fall Wolfgang Schnur – ein unmögliches Leben“, Filmproduzent Prof. Jürgen Haase zeigt den Dokumentarfilm (45 min) von Alexander Kobylinski; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

27.11. (Mi), 18.00 Uhr:

Recht und Gerechtigkeit. Scheidungskulturen und Eigentumsverhältnisse im Umbruch, Kerstin Brückweh, Erfurt, u. Anja Schröter, Potsdam; Veranstaltung im Rahmen der Ringvorlesung „1989 – (k)eine Zäsur?“; Ort: Stiftung Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

3.12. (Di), 18.00 Uhr:

Demokratie in Gefahr? Das neue Ostmitteleuropa; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. im Rahmen der Reihe „89 Revolution! 1989 – Aufbruch ins Offene“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

4.12. (Mi), 18.00 Uhr:

Institutionelle (Reform)-Blockaden und der Zerfall der jugoslawischen Staatsidee – die Jahre vor und nach 1989, Hannes Grandits, Berlin; Veranstaltung im Rahmen der Ringvorlesung „1989 – (k)eine Zäsur?“; Ort: Humboldt-Universität zu Berlin, Hausvogteiplatz 5–7, Saal 007, 10117 Berlin

5.12. (Do), 19.00 Uhr:

Die Friedliche Revolution in Potsdam 1989. Die Besetzung der Potsdamer Stasi-Zentrale und ein Ausblick auf das Jahr 1990, Zeitzeugen-Gesprächsreihe; Veranstaltung d. Fördervereins d. Potsdam-Museums e.V.; Ort: Potsdam-Museum, Forum für Kunst und Geschichte, Am Alten Markt 9, 14467 Potsdam

7.12. (Sa), ab 11.00 Uhr:

UOKG-Kongreß „Frauen in politischer Haft“; Veranstaltung der UOKG e.V. u.a.; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

massiv eingriff. Vergeblich bemühte er sich darum, die DDR-Staatsbürgerschaft abzulegen, um so den Freiheitsraum für sich zu erweitern.

Jahre später, inzwischen war er als Physiker am Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf bei Dresden tätig, grübelte er über eine Möglichkeit, die hermetisch abgeriegelte DDR legal zu verlassen. Diese schien gekommen zu sein, als sich im Jahr 1975 auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki alle Ostblock-Staaten verpflichteten, die grundlegenden Menschenrechte zu respektieren. Gabriel Berger reichte einen politisch motivierten Antrag auf Verlassen der DDR ein. Um seine Haltung zu unterstreichen beschloß er, sich ab sofort so zu verhalten, als sei die DDR ein demokratischer Staat. Die Ablehnung seines Ausreiseantrags beantwortete er mit Protesten an Behörden und mit demonstrativen Aktionen, wobei er sich streng an die DDR-Gesetze hielt.

Etwa dreißig Jahre später erfuhr Gabriel Berger aus Stasi-Akten, daß seine Taktik voll aufgegangen war. Von der Staatssicherheit wurde der Beschluß gefaßt, den lästigen Querulanten in den Westen abzuschieben, um nicht seine Kollegen und andere DDR-Bürger mit dem Bazillus des Widerstandes zu infizieren. Doch im Unglauben an ein positives Resultat der von der Stasi verkündeten Absicht, seinen Ausreisefall beschleunigt zu bearbeiten, überzog er sein Spiel mit den Behörden und wurde für ein Jahr wegen „Staatsverleumdung“ eingesperrt, bis er von der Bundesregierung herausgekauft wurde.

Die zum Teil bizarren Details seines intellektuell ausgefochtenen Kampfes gegen die DDR-Diktatur, den er im Wesen fortsetzte, untermauert Gabriel Berger in seinem Buch mit Kopien von Stasi-Akten, welche die Authentizität seiner Erinnerungen unterstreichen.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im November und Dezember Geburtstag haben

Sonja Cantow, Rudolf Novotny am 1. November, Hans Schramm am 2. November, Helga Kiwitt am 4. November, Graziano Bertussin am 7. November, Elli Wargowski am 11. November, Elisabeth Wollin am 17. November, Fritz Esenwein, Renate Heinrich am 18. November, Karl-Heinz Chilla am 20. November, Günter Baasch, Ingeborg Hoppe am 21. November, Günter Marciniak am 22. November, Joachim Schubert am 23. November, Inge Komoll am 26. November, Gerd Gebert am 27. November, Stefanie Brown am 28. November, Kurt Große am 1. Dezember, Wolfgang Heitmann am 5. Dezember, Horst Popper am 7. Dezember, Willi Ulich am 8. Dezember, Dr. Kurt Hauschild am 14. Dezember, Heinrich Kalmer am 15. Dezember, Günther Triebisch am 16. Dezember, Erna Kalauch am 17. Dezember,



UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Buchtip

Benjamin Baumgart, Berenike Feldhoff, Philipp Mützel, Ralf Weber: **Zwischen Marginalisierung und Anerkennung.** Eine Bestandsaufnahme zur Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR

.....
Leipziger Universitätsverlag 2019, Sonderband in der Reihe „Auf Biegen und Brechen“ der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, 346 S., 24,- €
.....

Rainer Schmiedel am 18. Dezember, Ingeborg Dudlitz, Klaus-Jürgen Hager, Heinz Nietsch am 20. Dezember, Werner Heupel am 21. Dezember, Ilse Dittmer am 23. Dezember, Claudia Braath, Elke Daßau, Christiane Nickel am 25. Dezember, Rudolf Pahl am 27. Dezember, Irmgard Rautenberg am 29. Dezember, Fritz Stahlberg am 30. Dezember

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Alexander Grow, Norbert van Meegen, Roland Nebel, Dietrich Nolte, Helga Priß, Jürgen Ritzschke, Dr. Dieter Schneider, Fritz Schüler, Dieter Starke, Wolfdieter Sternheimer, Gerhard Täuber, Dr. Ursula Zimmermann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Alles Unrecht trägt den Keim der Zerstörung in sich.

Alexander von Humboldt

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
13017#000#0412, PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 9. Oktober 2019

